

Das **politische** **ABC** des **Luc Frieden**

*L'abécédaire politique
de Luc Frieden*

„Ech ginn 2023 net mat an d'Walen.“^{}
« Je ne serai pas candidat en 2023. »*

^{*}Luc Frieden,
RTL-Background 25. Januar 2020.

Eine Dokumentation und Analyse
in Stichworten von Max Leners

Éditeur: Max Leners
Rédaction: Max Leners

Tous les droits concernant les textes cités restent auprès des auteurs.
Die Rechte an den zitierten Texten liegen bei den Autoren.

ISBN 978-99959-0-896-6

Das politische
ABC
des
Luc Frieden

*L'abécédaire politique
de Luc Frieden*

Une traduction française peut être
consultée sur le site de l'auteur :



Liebe Leserin,

Lieber Leser,

1994 wurde Luc Frieden ein erstes Mal ins Parlament gewählt. Damit ist Luc Frieden schon so lange in der Politik, wie ich auf der Welt bin. Trotz dieser langen politischen Karriere wusste ich relativ wenig über diesen Mann, der sich, Anfang dieses Jahres, aus seiner politischen Rente, gleich wieder als Spitzenkandidat der CSV, zurückmeldete.

Während seiner Zeit als Minister, von 1998 bis 2013, war ich wohl noch zu jung um die genauen politischen Zusammenhänge zu verstehen. In den letzten Jahren, waren die öffentlichen Äußerungen Friedens, vor allem als Präsident der Handelskammer, wohl eher als reiner Lobbyismus zu verstehen und, ich – wie wohl viele andere politisch Interessierte – schenkte diesen keine größere Beachtung. Dies auch, da Luc Frieden selbst, eine Rückkehr in die nationale Politik (noch im Januar 2020) vehement und offiziell ausschloss: „*Ech ginn 2023 net mat an d'Walen*“¹. Dieses Versprechen soll er auch anderen gegeben haben, was auch erklärt, dass er eine ganze Reihe von lukrativen Jobs und Funktionen in der Luxemburger Wirtschaft annehmen konnte.

Doch wenn aus purem Lobbyismus wieder Politik werden soll, wenn Luc Frieden wieder aktiv in das politische Geschehen eingreifen will – und dies mit dem Anspruch das Land in den kommenden Jahren politisch zu prägen, dann lohnt sich ein Blick in die Pressearchive und Wahlprogramme, dies, um sowohl den Politiker Luc Frieden als auch dessen politische Agenda in den entscheidenden Themenfeldern besser zu verstehen.

Diese Broschüre ist selbstverständlich kein Angriff auf den Menschen Luc Frieden, sondern eine Analyse in Stichworten, die versucht möglichst objektiv die Positionen, Überzeugungen und Wahlversprechen Friedens auf politisch entscheidenden Themenfeldern zu dokumentieren und zu ergründen.

Ausgangspunkt für diese Broschüre waren drei Fragen, die ich mir stellte, als Luc Frieden sein Comeback als CSV-Spitzenkandidat ankündigte:

1. Wer ist dieser Politiker überhaupt, der bei fünf Nationalwahlen eine beachtliche Anzahl an Stimmen erhielt – doch auch 2013 vom Wähler substantiell abgestraft wurde?

¹ Vgl. Roy Grotz, Annick Goerens : *Hoffnung, dass den neie Wirtschaftsminister d'Land positiv iwerrascht*, RTL Background am Gespräch vum 25. Januar 2020. <https://www.rtl.lu/radio/background/a/1460995.html> .

2. Welche Politik verkörpert dieser Politiker, der von 1998 bis 2013 unterschiedliche Ministerämter innehatte?
3. Welche politischen Überzeugungen markierten die bisherige Karriere von Luc Frieden und werden wohl auch in Zukunft sein politisches Handeln leiten?

Desto mehr ich las, desto interessanter, teils auch schockierender fand ich den Politiker Luc Frieden, vertritt er doch in entscheidenden politischen Themenfeldern, Ansichten, die meinen politischen Überzeugungen diametral entgegenstehen. Seine neoliberalen Ansichten und seine Beziehungen zu Katar, einer absoluten Monarchie und der Al Thani Dynastie, sind wohl noch bekannt, doch wer erinnert sich heute noch an die sogenannte „Lex Greenpeace“, den „Témoignage anonyme“ und an seine unmenschliche Asylpolitik, die sogar in den eigenen Reihen kritisiert wurde.

Luc Frieden ist zurück in der politischen Arena. Die CSV versucht in dieser Wahlkampagne Friedens wahre politische Identität konsequent zu verschleiern. So verklärt man seinen Job bei der Deutschen Bank in London, als „nahe bei den Menschen“. Luc Frieden selbst erklärt seine großen Prinzipien und seine politische Ausrichtung habe sich in den vergangenen Jahren nicht verändert: *„dat sinn ech an zu deene Prinzipie stoung ech deemools a stinn ech Haut [...] mee et ass net esou dat ech elo inhaltlech total anescht wär ewéi fréier“*². Auch deswegen ist es umso wichtiger zu verstehen, was dieser Politiker wirklich vertritt, der jetzt wieder den Anspruch erhebt, Luxemburg in den nächsten Jahren zu prägen.

In einer Zeit der Klimakrise, der wachsenden Ungleichheiten und dem eigentlichen Ende des neoliberalen Modells: *De quoi Luc Frieden est-il le nom ?*

Wir sollten uns deshalb ernsthaft mit den politischen Vorstellungen dieses Mannes beschäftigen.

Aus all diesen Gründen habe ich mir die Mühe gemacht, die relevanten Presseartikel, Reaktionen und Ansichten zu den verschiedenen Themen zusammen zu tragen. Ein besonderer Dank geht dabei an die Journalisten und Autoren der zitierten Presseartikel, ohne ihre hervorragende Aufklärungsarbeit der letzten 30 Jahre, wäre diese Broschüre nicht denkbar gewesen.

Angenehmes lesen!

Max Leners

² Vgl. Caroline Mart : *Sonndesinterview mam Luc Frieden – „Den C steet net fir Relioun, den C steet fir ons Grondwäerter!“*, RTL, 13. August 2023, Video 48. Sek. <https://www.rtl.lu/news/national/a/2102745.html>

Inhaltsverzeichnis:

A Arbeitsrecht.....	6
Arbeitszeit.....	8
Asylpolitik.....	9
Atomkraft.....	12
Austerität.....	13
B Bankgeheimnis.....	14
Banque internationale à Luxembourg.....	15
Bildung.....	17
Blanchiment.....	18
Bommeleeër.....	19
C Cargolux.....	22
Comeback 1.0.....	24
D Demonstrationsfreiheit.....	25
Deutsche Bank AG.....	26
E Europa 5.0.....	28
F Flidja Ahmed Messaoud.....	29
G Gewerkschaften.....	31
Gratispolitik.....	32
Graue Liste.....	33
H Handelskammer.....	35
Homophobie.....	36
I Index.....	37
Internationaler Währungsfonds.....	39
J Justiz.....	40
K Katar.....	41
Klimakrise.....	42

L	Laffer-Kurve.....	44
	Lex Greenpeace.....	45
	Libyen.....	46
	Logement.....	47
	LuxLeaks.....	48
M	Mindestlohn.....	49
N	Nationalität.....	50
	Neoliberalismus.....	51
	Nepotismus.....	53
O	Odile Mpo-Luana.....	54
	Operation Milano.....	55
P	Parlament.....	57
	Politik.....	58
R	Renten.....	59
S	Salmi Taoufik Kalifi.....	60
	Soziales.....	62
	Staatsschulden.....	63
	Steuern.....	64
T	Témoignage anonyme.....	65
	Trickle Down Economics.....	67
	Tripartite.....	68
	TVA.....	69
U	Übernahme Mittal-Arcelor.....	70
V	Vermögenssteuer.....	71
W	Wort.....	72
Z	Zukunft.....	75

Arbeitsrecht

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ konstatiert Luc Frieden „[...] rigide Arbeitsgesetze und starre Arbeitsmärkte [halten] Unternehmen von [...] Neueinstellungen ab“¹ und mindern „für Arbeitssuchende die Chancen auf einen Einstieg. So konzentrieren sich die Arbeitsmarktpolitik und die Gewerkschaften in vielen Ländern zu einseitig darauf, bereits Beschäftigte im Job zu halten anstatt Arbeitssuchenden beim Einstieg zu helfen. Insbesondere für Arbeitssuchende und Berufseinsteiger wird so die Chance auf die Arbeit erschwert. Relativ unproduktive Arbeitnehmer bleiben hingegen angesichts eines unverhältnismäßig hohen Kündigungsschutzes, der mit Dauer der Betriebszugehörigkeit oft noch größer wird, fest angestellt. [...] Auch wenn ein gelockerter Kündigungsschutz bei vielen Arbeitnehmern Ängste vor unsicheren Arbeitsverhältnissen weckt, verspricht er doch auch für sie positive Effekte. Denn mehr Flexibilisierung im Arbeitsrecht liefert Unternehmen Anreize, schneller neue Arbeitsplätze zu schaffen, und erhöht so insbesondere für Jugendliche und Arbeitssuchende die Chance auf Arbeitsmarkteinstieg. Vor allem sinkt so auch das Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit.“²

Auf RTL wurde Luc Frieden auf diese Textpassage aus seinem Buch angesprochen und begründete seine Haltung in Punkto Abbau des Kündigungsschutzes und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit seiner eigenen Biographie: „Mee ech hunn selwer bei mir gemierkt, ewéi gutt et ass. Ech si jo net fräiwëlleg 2013 aus der Regierung eraus gaangen, mee ech muss soen, et fänkt een dann eppes Neies un, mat neier Energie et leiert een erëm eppes bäi an heiansdo ass et gutt, dat een net éiweg dat selwecht mëscht. Wann awer ee System et awer quasi net erlaabt, da kann dat zu Erstarunge féieren, da muss een dat global europäesch kucken dat heiansdo villäicht verschidden Dispositiounen vum Aarbechtsrecht di gutt gemengt sinn, awer zu engem kontraproduktiven Effet féieren, dat keng nei Leit agestallt ginn.“³ – wie wenig ein Job bei der Deutschen Bank in London (den er vor allem aufgrund seiner Kontakte als ehemaliger Finanzminister erhielt) mit der Lebensrealität der großen Mehrzahl der Luxemburger zu tun hat, kann Luc Frieden wohl nicht nachvollziehen.

Auch wenn nicht ausgeschlossen werden könnte, meint wiederum Luc Frieden: „dass es innerhalb einer Anpassungsphase durchaus zu mehr Entlassungen käme“, würde „die hieraus resultierende Arbeitslosigkeit [...] jedoch mehr als ausgeglichen werden, wenn Unternehmen im Zuge ihrer hinzugewonnen Effizienz wieder mehr Spielräume für Investitionen und die

1 Vgl. Luc Frieden et al. *Europa 5.0 : Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent*, Campus, 2016, S. 84.

2 Ibid., S. 99 f.

3 Vgl. Radio Background : Luc Frieden, 25. Juni 2016, 27 Min. 35 Sek. <https://www.rtl.lu/video/3065375>

*Schaffung neuer Arbeitsplätze hätten". So sollte „ein flexibleres Arbeitsrecht damit nicht zu Kündigungen, sondern allenfalls zu Änderungskündigungen führen, die eine bessere Fluktuation an den Arbeitsmärkten bewirken“⁴. Das Schicksal der Betroffenen und ihrer Familien, der soziale und psychische Impakt der Arbeitslosigkeit auf die Betroffene und ihr Umfeld, spielte bei Friedens Überlegungen wohl keine Rolle. Er selbst hatte nach seiner Zeit bei der Deutschen Bank keine Mühe mehrere neue Jobs zu finden und stellt seine lukrative « Flexibilität » in den Vordergrund: „*Sur une semaine, il passerait en moyenne deux jours à la Banque internationale à Luxembourg (Bil), deux jours au cabinet d'affaires Elvinger & Hoss et une journée à la Chambre de commerce.*“⁵*

>>> *Banque internationale à Luxembourg*

>>> *Deutsche Bank AG*

>>> *Europa 5.0.*

>>> *Gewerkschaften*

>>> *Handelskammer*

>>> *Soziales*

4 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 100.

5 Vgl. Bernard Thomas: *Honoris Causa*, d'Lëtzebuegreger Land, 17. Januar 2020. www.land.lu/page/article/290/336290/FRE/index.html

Abeitszeit

Bereits in seiner Grundsatzrede bei der „Journée de l'ingénieur“ am 4. Februar 2012, gab Luc Frieden zu bedenken: *„Il faut aussi que les Luxembourgeois réalisent que nous devons travailler probablement un peu plus [...]“*¹.

Diese Sichtweise, dass die Luxemburger mehr und länger arbeiten sollen, hat Frieden auch später in seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ bekräftigt. Um das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln, sollen *„Produktionsfaktoren intensiver genutzt werden“*. Zu den Produktionsfaktoren welche intensiver genutzt werden sollen zählt Luc Frieden unter anderem den *„Faktor Arbeit“*, also die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Eine solche intensivere *„Nutzung des Faktors Arbeit“* soll wie folgt erfolgen: *„Wir erhöhen die Zahl der aggregierten Arbeitsstunden etwa mit [...] einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit“*².

Fundamentale Unterschiede zwischen seinen lukrativen Bürojobs und der Realität von körperlich hart arbeitenden Menschen sind ihm nicht bewusst und spielen in seinen arbeitspolitischen Ansichten keine Rolle.

>>> *Arbeitsrecht*

>>> *Europa 5.0.*

>>> *Renten*

>>> *Soziales*

¹ Vgl. Ministère des finances: *Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

² Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 69.

Luc Frieden wurde 1998 Justizminister und auch verantwortlich für Asylfragen. Er profilierte sich gleich als Hardliner auf dem Rücken der Asylsuchenden (damals vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien) und ordnete sogar Rückführungen von kranken Menschen und bereits eingeschulten Kindern an, die perfekt in Luxemburg integriert waren. Der damaligen Kritik der Luxemburger Zivilgesellschaft, die eine Asylpolitik mit menschlichem Antlitz forderte, begegnete er mit zynischen Stellungnahmen. In der vorliegenden Broschüre befinden sich gleich mehrere Beispiele von Einzelfällen.

*

Bei der Reform des Asylgesetzes im Jahr 2000, forderte Justizminister Luc Frieden die NGOs auf, Flüchtlinge nicht mehr zu ermutigen, ihr verfassungsmäßiges Recht auf Berufung vor Gericht auszuüben, damit er die Fälle schneller abarbeiten könne.¹ Am 2. und 3. August 2001 fanden äußerst umstrittene Abschiebungen statt, über die die Presse wie folgt berichtete: *„Les témoignages personnels des méthodes policières ont fait le tour des médias : deux familles albanaises et trois femmes bochniaques du Monténégro ont été expulsées manu militari, menottes aux poings, par avion charter vers Tirana respectivement vers Podgorica. La police est arrivée le matin, les personnes n’ont eu aucune chance, ni de faire leurs valises, ni de dire au revoir à leurs amis ou familles. L’une des familles albanaises a même été séparée du père, absent au moment de l’arrivée des forces de l’ordre... Autant de détails sur les méthodes inhumaines qui ont réveillé le Comité pour le respect des réfugiés et contre les retours forcés.“*²

Luc Frieden legitimierte dieses Vorgehen: *„La force s’impose parce que les ONG n’ont pas réussi à persuader les demandeurs d’asile déboutés de partir volontairement. Tel était le commentaire cynique du ministre de la Justice, Luc Frieden (PCS), interrogé mercredi soir à la Radio socioculturelle 100,7 au sujet des expulsions des 2 et 3 août derniers et de l’émotion qu’elles ont provoquée.“*³

Ende August 2001 nahmen zwischen 750 bis 1.000 Personen an der Demonstration teil, die vom *Comité pour le respect des réfugiés et contre les retours forcés* organisiert worden war, und sich gegen diese Abschiebungspolitik richteten.⁴

1 Vgl. Josée Hansen : *Le non-refoulement comme principe suprême*, d’Lëtzebuurger Land, 23. August 2001. <https://www.land.lu/page/article/292/2292/DEU/index.html>

2 Vgl. Josée Hansen : *Only the fittest*, d’Lëtzebuurger Land, 9. August 2001. <https://www.land.lu/page/article/284/2284/DEU/index.html>

3 Ibid.

4 Vgl. Josée Hansen : *Le non-refoulement comme principe suprême*, op.cit.

Im November 2002 wurden reihenweise Asylbewerber nach Montenegro abgeschoben – die meisten von ihnen waren während des Kosovo-Krieges nach Luxemburg gekommen und einige konnten trotz fester Zusage für einen Arbeitsplatz in Luxemburg nicht im Land bleiben. „Justizminister Luc Frieden erklärt, dies sei nun der Beginn einer Serie von Rückführungen, wie die Abschiebungen von Regierungsseite euphemistisch genannt werden“⁵, berichtete die Woxx.

Die Betroffenen selbst wurden über das Datum ihrer Abschiebung im Unklaren gelassen und das Justizministerium antwortete weder auf die Positionspapiere des Flüchtlingsrates noch auf die Anträge der Betroffenen auf eine Aufenthaltsgenehmigung für Arbeitnehmer. „Die Antwort kam schließlich in Uniform. In einer Nacht- und Nebelaktion holte die Polizei die Flüchtlingsfamilien aus ihren Betten und chauffierte sie nach Findel. So was nennt man „kurzen Prozess“. Die herbeigeeilten JournalistInnen führte man mit einer Falschmeldung über die Abflugzeit an der Nase herum, während die Flüchtlinge durch den Hintereingang Richtung Flugzeug bugsiiert wurden. Einige der Abgeschobenen waren Kinder, die diesen Morgen noch lange in (traumatischer) Erinnerung behalten werden, darunter auch zwei acht Monate alte, in Luxemburg geborene Babys. Dass Frieden später die „menschliche Vorgehensweise“ der Aktion hervorhob, zeugt vor diesem Hintergrund von blankem Zynismus“⁶.

Die „Rückführungen“ machten aber auch vor Schwerkranken keinen Halt: „Obwohl Frieden eine Woche zuvor behauptet hatte, dass im Falle einer schweren Krankheit nicht abgeschoben werde, hatte man einen als schwer krank gemeldeten Familienvater und seine Familie in Differdingen abgeholt. Erst als sich der Krankheitszustand während der Fahrt bestätigte, machte die Polizei kehrt. Nicht nur dass der Regierung jeglicher Kommunikationswillen in Sachen Flüchtlinge abhanden gekommen zu sein scheint. Sie scheint zudem auch an der Champions League der europäischen Abschieber ganz vorne landen zu wollen. Und dort werden bekanntlich keine Schönheitspreise verliehen. Unterdessen zittern die noch verbliebenen Familien vor jedem morgendlichen Klingeln – Frieden übt sich in Psycho-Terror“⁷.

*

Am 31. März 2003 hatten 150 Polizisten an 18 verschiedene Orten, Privatwohnungen und Vereinslokale durchsucht von Personen, die im Verdacht standen in Verbindung zu fundamentalistisch islamistischen Bewegungen zu stehen. Bei diesen Durchsuchungen ging die Polizei äußerst brutal vor. Die Polizei drang mit gezogener Waffe in die Haushalte ein, weigerten die Gründe für ihr Eindringen zu erläutern und legten den

⁵ Vgl. Stefan Kunzmann : Abschiebungen : Wenn's bei Frieden einmal klingelt, Woxx, 15. November 2002. <https://www.woxx.lu/66/>

⁶ Ibid.

⁷ Ibid.

Einwohner, meist vor den Augen der Kinder, Handschellen an – auch ein 9-Jähriges Kind wurde in Handschellen gelegt. Die Durchsuchungen führten zur Festnahme und Abschiebung von zwei tunesischen Staatsangehörigen, Herrn Faouzi Châubane und Herrn Salmi Taoufik Kalifi. Am 3. April 2003 wurden Beide nach Tunesien abgeschoben.⁸

Der detaillierte Bericht der Menschenrechtskommission zu diesen Hausdurchsuchungen hielt fest: „*Des actes de brutalité physique, attestés par des certificats médicaux, peuvent aussi être relevés: coup de brodequin dans les côtes d'une personne, contusions corporelles de certains à la suite de leur immobilisation au sol „manu militari“, immobilisation intempestive et pour le moins inopportune à l'endroit d'une femme enceinte, provoquant chez elle un malaise et des contractions utérines, blessure au dos d'un enfant de 11 ans provoquée par la crosse d'une mitraillette. [...] Doit aussi être mentionné le refus, pendant deux heures, à une femme d'allaiter son enfant, comme le refus dans quelques cas, de laisser boire enfants et parents toute la durée de la perquisition, c'est-à-dire plus de 4 heures*“⁹ und präzisierte: „*Aucun membre des familles faisant l'objet de l'opération de police n'a opposé de résistance. Et pourtant, certains peuvent attester de blessures dues à une immobilisation brutale; une femme enceinte immobilisée rudement sur le ventre a été victime d'un malaise.*“¹⁰

Luc Frieden lehnte es gegenüber der Menschenrechtskommission ab, auf deren Nachfragen zu antworten und verwies auf die Unabhängigkeit der Justiz¹¹. Als *Amnesty International* die Vorfälle in einem Bericht¹² erwähnte und auf die Vorwürfe der übermäßigen Gewaltanwendung von Seiten der luxemburgischen Polizei bei diesen Einsätzen hinwies, reagierte Justizminister Luc Frieden wiederum auf zynische Weise und rechtfertigte allgemein das Vorgehen der Ordnungskräfte, da jene seiner Meinung nach stets gesetzeskonform gehandelt hätten.¹³

>>> *Flidja Ahmed Messaoud*

>>> *Justiz*

>>> *Odile Mpo-Luana*

>>> *Operation Milano*

>>> *Salmi Taoufik Kalifi*

8 Vgl. Commission consultative des Droits de l'Homme du Grand-Duché de Luxembourg : *Avis sur les perquisitions du 31 mars 2003 et leurs conséquences*, S. 4 und 6. <https://ccdh.public.lu/dam-assets/avis/2003/avis20030331.pdf>

9 Ibid., S. 4 und 5.

10 Ibid., S. 10.

11 Ibid., S. 2.

12 Vgl. Amnesty International : *Préoccupation en Europe et en Asie Centrale Janvier-juin 2003*, Luxembourg Annexe n° 2.

13 Vgl. *Ordnungskräfte in der Kritik*, Luxemburger Wort, 31. Oktober 2003, zitiert in Commission consultative des Droits de l'Homme du Grand-Duché de Luxembourg : *Avis sur les perquisitions du 31 mars 2003 et leurs conséquences*, op.cit. S. 7.

Am 7. Juni 2023 organisierte die Anwaltskanzlei *Elvinger Hoss Prussen*, jene Anwaltskanzlei in der Luc Frieden von Oktober 2016 bis April 2023 selbst Partner war, ein Rundtischgespräch über die Zukunft des luxemburgischen Finanzplatzes. Luc Frieden war der einzige Politiker, der zu diesem Rundtischgespräch eingeladen war.

Hier diskutierte man auch über die sogenannte EU-Taxonomie, bei der es darum geht Finanzprodukte nach ihrer Nachhaltigkeit zu kategorisieren. Wissenschaftler, Umweltschützer und auch einige Investoren kritisieren die vorgeschlagene EU-Taxonomie, da sie das Greenwashing eher fördere als es zu verhindern. Die EU-Kommission hatte einen Entwurf vorgelegt, um Atomkraft und Erdgas als sogenannte Übergangstätigkeiten (demnach Brückentechnologien) einzustufen, die dem Klimaschutz dienen würden. Unter bestimmten Voraussetzungen gelten beide Energien unter der Taxonomie als „nachhaltig“. Luxemburg hat, zusammen mit Österreich, vor dem europäischen Gerichtshof Klage gegen die Einstufung der Atomkraft als „nachhaltige Brückentechnologie“ eingelegt.

In diesem Zusammenhang zeigte sich Frieden „*verwirrt*“ darüber, dass Luxemburg eine Entscheidung des europäischen Parlaments vor dem europäischen Gerichtshof anfechtet: *„Je suis confus par le fait qu’une décision a été prise par le Parlement européen sur ce que signifie la ‘taxonomie’, et que le Luxembourg conteste cette décision devant la Cour européenne de justice. Je trouve cela ridicule, pour un pays qui ne produit que 11% des énergies alternatives, et nous contestons des décisions prises par des institutions démocratiques.“*¹

Als Jurist sollte man jedoch darauf hinweisen, dass nicht klar ist, ob Kernenergie die Vorgaben der Taxonomie-Verordnung erfüllt, um als nachhaltige Technologie klassifiziert werden zu können. Das zentrale Kriterium um in der Taxonomie-Verordnung als nachhaltige Technologien geführt werden zu können, ist, dass die Technologie keine signifikanten Umweltschäden anrichtet, dies nach dem sogenannten „*do no significant harm*“-Prinzip. Reaktorunglücke wie Tschernobyl oder Fukushima mit ihren enormen Schäden für Natur, Umwelt und Menschen zeigen das genaue Gegenteil; die Klage von Österreich und Luxemburg sollte aus diesen juristischen und politischen Überlegungen eher berechtigt als verwirrend sein. Für wirkliche Nachhaltigkeit hat Luc Frieden jedoch offensichtlich kein Verständnis.

»» Klimakrise

¹ Vgl. Lydia Linna: *Luc Frieden appelle à davantage d’ambition pour la Place*, Paperjam, 8. Juni 2023. <https://paperjam.lu/article/lucfrieden-appelle-a-davantage>

Austerität

Luc Frieden hat in diesem Wahlkampf von 2023 versprochen die Steuern für alle, also auch für die reichsten 10%, zu senken.¹ Da er dabei auch das Defizit nicht steigern will, kommt nur eine Reduzierung der Staatsausgaben in Frage. Luc Frieden hat als politisches Programm seit Jahren eigentlich immer nur das gleiche Rezept: Austerität.

Im März 2012, hatte Finanzminister Luc Frieden der Öffentlichkeit ein einschneidendes Sparmaßnahmenpaket vorgestellt, das nicht vom Regierungsrat in dieser Form beschlossen worden war.² Das Gros von Friedens Sparmaßnahmen (rund 300 Millionen Euro) wäre zu Lasten von Haushalten und Kindern gegangen. Friedens Sparpaket konnte 2012 vom (damals noch existierenden) sozialen Flügel der CSV und von der LSAP verhindert werden. Doch Luc Frieden hat aus dieser Episode, die damals auch die Tripartite nachhaltig beschädigte, nichts gelernt. Er plädiert im Kern, ob als Minister oder in seinen Artikeln, Büchern oder Reden, seit 30 Jahren immer nur für Austerität als Allheilmittel für die Luxemburger Wirtschaft.

So wie im Mittelalter die Ärzte immer nur das gleiche Rezept bei allen Krankheiten hatten: Bluterlass. Austerität ist natürlich keine Antwort auf Klimakrise, Verknappung im Logement und soziale Missstände. So wirkt Frieden auch heute noch wie ein mittelalterlicher Arzt, der dem Kranken genau jetzt wieder die falsche Kur verschreiben will. Damit der Wähler dies nicht merkt, lockt er mit seinem unsinnigen Versprechen der Steuererminderung für alle, von der die reichsten 10% - zu denen Frieden selbst gehört - natürlich am meisten profitieren werden.

>>> *Gratispolitik*

>>> *Laffer-Kurve*

>>> *Soziales*

>>> *Staatsschulden*

>>> *Steuern*

>>> *Trickle Down Economics*

>>> *Tripartite*

1 Vgl François Aulner : *D'CSV wëll, datt „d'Steiere fir jiddereen erofginn“*, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

2 <http://www.wort.lu/de/view/sparmassnahmenpaket-nicht-vom-regierungsrat-beschlossen-4f61da93e-4b0860580ab17d8>

Bankgeheimnis

Im 7. April 2013 schaffte Luc Frieden per Zeitungsinterview (!) urplötzlich und ohne Vorwarnung das Bankgeheimnis ab. Nach dem Interview mit Luc Frieden berichtete die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung unter der Überschrift „Luxemburg knickt ein“ über das Ende des luxemburgischen Bankgeheimnisses¹.

Diese abrupte und katastrophale Kommunikation zwingt Luc Frieden, an einem eilig anberaumten Treffen mit den Mitgliedern der ABBL am 10. April 2013 in der *Coque* teilzunehmen. Diese Art der Kommunikation hat die mehr als bedauerliche Folge, dass Luxemburg unter einem enormen Druck der Medien im Ausland steht. Dabei war Frieden jahrzehntelang ein konsequenter Befürworter eines integralen Bankgeheimnisses.

Ein Jahr später stellte Luc Frieden seine Vorgehensweise natürlich ganz anders dar: „Der Umbau vom Bankgeheimnis war für mich eine ganz schwierige Entscheidung, über die ich mir viele Gedanken gemacht habe und viele Konsultationen geführt habe. Ich wollte den Banken die Zeit einräumen, die sie brauchten, um sich umzustellen.“² Das Gegenteil war der Fall. In einem kürzlich erschienenen Kommentar auf RTL meint die Journalistin Michèle Sinner wohl wahrheitsgemäßer: „Do kann ee fir de Kandidat Luc Frieden just hoffen, datt d'Wieler sech net méi esou genee drun erënneren, wéi esou munch vun deene [internationale] Verhandlungen ausgaange sinn. Schliisslech war et ënnert dem Budgetsminister Luc Frieden, wou Lëtzebuerg op déi berüümte gro Lëscht vun de Steieroase gerode war. An et war och hien, deen 2013 aus Versinn an engem Zeitungsinterview d'Bankgeheimnis ofgeschaaft hat, well d'Froen net richteg gelies gi waren.“³

>>> Banque Internationale à Luxembourg

>>> Blanchiment

>>> Bommeleeër

>>> Cargolux

>>> Deutsche Bank AG

>>> Graue Liste

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: „Luxemburg knickt ein – Deutsche Steuersünder sind nicht mehr sicher“, 7. April 2013. <http://www.seiten.faz-archiv.de/fas/20130407/sd2f201304073843750.html>

2 Vgl. Michèle Sinner: *Soziale und wirtschaftliche Krisenoperation*, d'Lëtzebuurger Land, 20. Juni 2014. <https://www.land.lu/page/article/406/7406/DEU/index.html>

3 Vgl. Michèle Sinner: *E puer Schrëipsen am Lack*, RTL, 17. Juli 2023. www.rtl.lu/news/commentaire/a/2086755.html

Banque Internationale à Luxembourg

Im Mai 2016 übernahm Luc Frieden den Posten des Verwaltungsratsvorsitzenden der BIL. Hierbei sticht besonders die Ernennung durch den BIL-Hauptaktionär Precision Capital hervor, wie Reporter.lu berichtete: *„Der Clou: Es war der Minister Luc Frieden, der im Oktober 2011 den katarischen Premier Al Thani anrief, als er auf der Suche nach einem Käufer für Dexia-Bil war. Praktischerweise war die Holding der katarischen Königsfamilie Precision Capital bereits in Luxemburg aktiv. Die Kataris zahlten einen niedrigen Preis für die BIL: knapp 650 Millionen Euro für 90 Prozent der Anteile. Und sie machten innerhalb kürzester Zeit einen beachtlichen Gewinn, denn sie verkauften die luxemburgische Bank 2018 für knapp 1,5 Milliarden Euro an die chinesische Legend Holdings. Mit tatkräftiger Unterstützung von Luc Frieden – erst als Minister, dann an der Spitze der Bil – verdiente die Familie Al Thani also über eine Milliarde Euro innerhalb von sieben Jahren, zählt man die ausgeschütteten Dividenden hinzu.“*¹.

Doch dieser Posten als Verwaltungsratspräsident war auch für Luc Frieden finanziell sehr lukrativ. *„Der 13-köpfige Verwaltungsrat erhielt 2017 eine Vergütung von insgesamt 935.000 Euro. Das macht im Schnitt 72.000 Euro pro Mitglied. Wie die Aufteilung genau aussieht, ist nicht öffentlich. Doch auch hier darf man davon ausgehen, dass Luc Frieden als Präsident einen deutlich höheren Anteil erhält.“*²

Auf die Kritik hinsichtlich dieser Nominierung angesprochen, wischte Luc Frieden jegliche Bedenken bei Seite: *„An der BIL sinn ech fir ze hëllefen dozou, dat dat eng stabel, zolidd, gutt kapitaliséiert, liquid Bank ass, déi och op Innovatioun setzt, déi fir d'Zukunft do ass an dat ass eng Bank an der ëmmerhi 40% Lëtzebuurger schaffen, déi een Drëttel vum Marché hei zu Lëtzebuerg ausmëscht an ech droen also och do mäin Deel zu Lëtzebuerg bäi an zugläich ass et eng enorm Erfahrung an ech hoffen dat ech déi Erfahrung och kann op anere Plazen asetzen.“*³.

Zu seiner Aufgabe als Präsident des Verwaltungsrats gab Frieden an: *„meng Aufgab als President vum Conseil ass net den Intérêt vum Aktionär an éischer Ligne, et ass d'Aufgab ze kucken dat déi Institutioun, déi Bank, déi lëtzebuurger Bank, déi Deel vun der lëtzebuurger Traditioun ass, dat déi sech weider kann entwéckelen (...)“*⁴ – dass gegen die BIL, ausgerechnet unter

1 Vgl. Christoph Bumb und Laurent Schmit : *Vom Politiker zum Lobbyisten – Die Wandlung des Luc Frieden*, reporter.lu, 26. Februar 2019, <https://www.reporter.lu/die-wandlung-des-luc-frieden/>

2 Ibid.

3 Vgl. Radio – Background : Luc Frieden, 25. Juni 2016, 22 Min. 45 Sek.

4 Vgl. Radio – Background : Luc Frieden, 25. Juni 2016, 24 Min. 05 Sek.

dem Verwaltungsratsvorsitz des früheren Finanzministers Luc Frieden, eine Geldstrafe wegen Nichteinhaltung der Geldwäsche-Vorschriften verhängt wurde (siehe Stichwort Blanchiment), war vielleicht nur ein humoristischer Zufall der Geschichte.

>>> *Blanchiment*

>>> *Katar*

Bildung

In seiner Grundsatzrede am 4. Februar 2012 bei der „*Journée de l'ingénieur*“ streifte Luc Frieden auch das Thema Bildung: „*nous devons [...] veiller à ce que nous ayons, aussi parmi les résidents de notre pays, une élite qui permette de tirer ce pays vers l'avenir. Il faut faire quelque chose pour ceux qui subissent des échecs scolaires, oui. Il faut faire quelque chose pour ceux qui sortent de l'immigration et qui ont des problèmes linguistiques. Mais il faut faire aussi quelque chose pour ceux qui auront demain la charge de diriger l'économie et la société luxembourgeoise.*“¹

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ ging Luc Frieden fast gar nicht auf das wichtige Thema Bildung ein, sondern forderte nur „*Arbeitsuchende durch Bildungsoffensiven [...] zu aktivieren*“² und durch „*neue Anreize und Bildungsoffensiven ungenutztes Arbeitskräftepotenzial aktivieren*“³. Mehr steht da nicht über Bildungspolitik, obwohl wir uns doch heute in Europa insgesamt in einer *knowledge-based economy* (Wissensökonomie) befinden.

Für Frieden ist aber sofort klar, dass es vor allem den Arbeitslosen an Bildung mangelt. Für ihn dient die Bildung wohl ausschließlich zur Stärkung der *employability* der unteren Schichten; aber gerade in Zeiten von Klimakrise, Fake News und sozialen Ungleichheiten, müsste eigentlich das Vermitteln von Wissen und Kompetenzen an alle im Zentrum stehen, damit die Menschen die Welt insgesamt besser verstehen und ihren Teil zu einer bessere Zukunft beitragen können.

>>> *Arbeitszeit*

>>> *Arbeitsrecht*

1 Vgl. Ministère des finances: *Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites/gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

2 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 80.

3 *Ibid.*, S. 85.

Von Mai 2016 bis März 2023 war Luc Frieden Verwaltungsratspräsident der BIL und hatte in dieser Funktion auch die Aufgabe generell dafür zu sorgen, dass die Bank einwandfrei funktionierende Strukturen, Prozeduren und Kontrollen gegen Geldwäsche eingesetzt hat. Während seiner Zeit als Verwaltungsratspräsident wurde gegen die BIL jedoch erstaunlicherweise ein erhebliches Bußgeld von der Luxemburger Bankenaufsicht verhängt: *„En date du 16 mars 2020, la CSSF a prononcé une amende d'ordre d'un montant total de 4.600.000 euros à l'encontre de l'établissement de crédit Banque Internationale à Luxembourg S.A. [...]. L'amende a été prononcée sur base [...] de la loi modifiée du 12 novembre 2004 relative à la lutte contre le blanchiment et contre le financement du terrorisme, suite à deux contrôles sur place effectués par la CSSF entre octobre et novembre 2017, respectivement juillet et septembre 2018 auprès de la Banque.“* Diese Geldstrafe wurde verhängt, weil bei diesen Kontrollen folgendes festgestellt wurde: *„certaines faiblesses constatées dans le dispositif que la Banque avait en place à l'époque, pour lutter contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme relatif à un périmètre restreint de sa clientèle dont le risque inhérent est à considérer comme élevé. La Banque a promptement réagi pour remédier aux faiblesses constatées. Conformément aux règles applicables en la matière, le montant de l'amende prononcée est proportionnel au chiffre d'affaires de la Banque.“*¹

Ironie der ganzen Geschichte ist, dass die BIL, unter ihrem Verwaltungsratspräsidenten Luc Frieden, eine Geldstrafe erhielt, weil sie gegen gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung verstieß, obwohl der ehemalige Finanzminister Luc Frieden, einige dieser Bestimmungen noch „selbst“ eingeführt hatte. Für die BIL geriet diese Geldstrafe dann jedoch ganz schnell wieder in Vergessenheit. In ihrer Pressemitteilung zum Ausscheiden Luc Friedens aus dem Verwaltungsrat, schrieb die Bank: *„Grâce à sa connaissance approfondie du secteur bancaire et de son cadre réglementaire, Luc Frieden a jeté les bases d'un succès à long terme pour la BIL. Nous lui sommes reconnaissants pour sa contribution et lui souhaitons le meilleur pour son avenir.“*²

>>> *Banque Internationale à Luxembourg*

1 Vgl. CSSF : *Sanction administrative du 16 mars 2020*, Pressemitteilung vom 10. August 2020. https://www.cssf.lu/wp-content/uploads/S_25_B_Banque_Internationale_à_Luxembourg_S.A._160320.pdf

2 Vgl. BIL: *Luc Frieden quitte la présidence du Conseil d'administration de la BIL*, Pressemitteilung, 16. März 2023. <https://www.bil.com/fr/groupe-bil/pressroom/news/Pages/Luc-Frieden-quitte-la-presidence-du-Conseil-d-administration-de-la-BIL.aspx>

Bommeleeër

Am 30. Januar 2008, entlässt Minister Luc Frieden nach langem Zögern Pierre Reuland (Generaldirektor der Polizei) und Guy Stebens (Generalsekretär der Polizei). Auslöser war ein Brief des Staatsanwalts Robert Bieber, der zwei Tage zuvor an den Justizminister und die Presse geschickt worden war. Darin wirft Robert Bieber Reuland und Stebens vor, die Justiz in ihren Ermittlungen in der „Bommeleeër“-Akte behindert zu haben. Außerdem, soll Reuland den Ermittlern im Fall Bommeleeër 2006 gesagt haben, sie würden bis zu einem bestimmten Punkt kommen „*an dann ass Schluss*“. Laut Bieber sagte Luc Frieden – damals Justiz- und Polizeiminister – ihm in einem Gespräch, es werde zum „*Krieg zwischen Justiz und Polizei [kommen] und ihr verliert*“. In der Abgeordnetenversammlung betonte Luc Frieden: „*Et deet mir mënschlech leed*“, Reuland und Stebens von ihren Funktionen zu entbinden, aber Biebers Brief (und die Reaktion der Presse) „*huet mir keen anere Choix gelooss*“². Dem von Robert Bieber veröffentlichten Brief, waren zwei unveröffentlichte Beschwerdebriefe des Staatsanwalts an den Justizminister beigefügt, auf welche dieser jedoch nie antwortete.³

Während des Bommeleeër-Prozesses bestätigte Luc Frieden, dass Reuland 2001 zu einem privaten Abendessen in Luc Friedens Haus eingeladen war: „*Meine Frau und seine Frau sind zusammen zur Schule gegangen*“. Später wurde bekannt, dass das Justizministerium unter Luc Frieden einen Absatz aus dem Gesetzentwurf zur Behinderung der Justiz gestrichen hatte, der es der Justiz ermöglichte, gegen Ermittler vorzugehen, die absichtlich Beweise zurückgehalten hatten. Luc Frieden erklärte, dass es zwei oder drei Treffen mit Pierre Reuland gegeben habe, bestritt aber, dass es irgendeinen Pakt gegeben hätte. Sein Nachfolger im Ministerium, François Biltgen, fügte den Paragraphen schließlich wieder ein, der inzwischen Gesetz geworden ist.

Im April 2013 gerät das Bommeleeër-Dossier wieder in die Schlagzeilen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob der damalige Justizminister Frieden versucht hatte, Staatsanwalt Robert Bieber und Untersuchungsrichterin Doris Woltz zu beeinflussen, damit diese ihre Ermittlungen in der Bommeleeër-Affäre

1 Vgl. Lucien Montebusco : *Friedens schlaflose Nächte*, Tageblatt, 12. Juni 2013. <https://www.tageblatt.lu/nachrichten/luxemburg/friedens-schlaflose-nachte-27309528/>

2 „*Et deet mir mënschlech leed, dës Décisioun mussen ze huelen, besonnesch well déi zwee Leit an deene Joeren, wou ech hire politesche Chef war, eng gutt Aarbecht gemaach hunn. Mä dëse Bréif vum 24. Januar vum Procureur Bieber huet mir keen anere Choix gelooss, fir d’Autoritéit an d’Vertrauen an d’Police ze halen.*“ Vgl. Luc Frieden: *Déclaration de Luc Frieden relative au rapport de l’Inspection générale de la police*, 29. Januar 2008. https://gouvernement.lu/fr/actualites/toutes_actualites/articles/2008/01-janvier/30-frieden.html

3 Vgl. Fromm : *Chronik eines politischen Scheiterns*, Forum n° 331, S. 8. <https://forum.lu/wp-content/uploads/2018/05/Chronik-eines-politischen-scheiterns-1.pdf>

einstellen. Am 22. April 2013 dementierte Luc Frieden auf *RTLRadio* Berichte von *Radio 100,7*, er habe die Ermittlungen zu den Bommerleeër nie richtig unterstützt. Er wirft dem Radio unseriöse Arbeit vor.⁴ Am 6. Juni 2013 sendet *Radio 100,7* ein Interview mit Staatsanwalt Robert Bieber. Hierin bestätigt der Staatsanwalt die Meldung vom 22. April, nach der der frühere Justizminister Frieden den Ermittlungen im Falle Bommeleeër skeptisch gegenüberstand. Luc Frieden sei „nicht amüsiert“ über die Ermittlungen gewesen und habe deren „Wert nicht unbedingt eingesehen“⁵. Bieber wiederholte seine Anschuldigungen vor dem Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses. Die damalige Untersuchungsrichterin Doris Woltz bekräftigte Bievers Aussagen zudem, indem sie angab, dass sie von Frieden angesprochen worden sei. Sie erklärte außerdem, dass sie mehr Unterstützung von dem Minister erwartet hätte. Es gibt keinen Grund, an den Worten von Herrn Bieber oder Frau Doris Woltz zu zweifeln, die klar bestätigten, dass Luc Frieden ihnen dringend nahegelegt hatte, von einer weiteren Verfolgung in dem betreffenden Fall abzusehen.⁶

Angesichts der mehr oder weniger hartnäckigen Versuche des ehemaligen Justizministers Luc Frieden, den Fall „Bommeleeër“ zwischen 2002 und 2007 nach der Wiederaufnahme der Ermittlungen auf Initiative des Generalstaatsanwalts Robert Bieber zu den Akten zu legen, muss daran erinnert werden, dass eine ständige Rechtsprechung im Rahmen von Artikel 19 des Strafprozessgesetzbuches klar bekräftigt, dass „*si le ministre de la Justice peut ordonner au ministère public d'engager une poursuite pénale, il ne peut en aucun cas [!] lui donner des ordres astreignants ou péremptoires de s'abstenir d'une poursuite déterminée.*“⁷.

Interessanterweise hatte Luc Frieden in der Rechtssache Wolter/Roemen noch erklärt: „*ech sin Justizminister zu Lëtzebuerg an vir deen gëllen strikt Prinzipien, notamment déi, datt d'Gerichter eiser Verfaassung no onofhängeg sin. An dobéi kënn, datt en Untersuchungsriichter, deen an deser Affär ganz alleng decidéiert, wat fir eng Moossnahmen hien als déi richtig fënnt vir eng Affär opzeklären. Hei kann keen him dranschwätzen an schon guer net den Justizminister. Géing ech dat maachen oder esouguer nemmen kommentéieren [...], dann géing ech, mengen ech, ee graven Fehler machen, well meng Fonctioun ass jo grad den Garant vun der Onoofhängegkeet vun der Justiz ze sin*“⁸.

4 Ibid., S. 14.

5 Ibid., S. 14 f.

6 Vgl. L'essentiel: *Frieden fühlt sich „in seiner Ehre verletzt“*, 11. Juni 2013. <https://www.lessentiel.lu/de/story/frieden-fuehlt-sich-in-seiner-ehre-verletzt-476269728652>

7 Chambre des mises, 24. Januar 1972, *Pasicrisie* 22, S. 110.

8 Vgl. Ministère de la Justice / Service information et presse : *Luc Frieden au sujet de l'affaire Roemen-Wolter-Enregistrement*, 25. September 2000. https://sjp.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Binterviews%2B2000%2B09%2B20000926frieden.html

Warum hat Luc Frieden dann persönlich in die Bommeleeër-Untersuchungen eingegriffen? Was war sein (politisches oder persönliches) Interesse in laufende Ermittlungen einzugreifen und die eigene Rechtsauffassung über Bord zu schmeißen?

>>> *Justiz*

Im Februar 2011 reist Finanzminister Luc Frieden mit Erbgroßherzog Guillaume nach Doha (Katar). Mit dem katarischen Vizepremierminister trifft Frieden im Alleingang eine „mündliche Absprache“ über den Verkauf eines Drittels der Cargolux Aktien an Qatar Airways. Alle Akteure sind überrascht von diesem „Handshake“, denn die Verhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften waren im Juni 2010 gescheitert und Frieden sollte höchstens ausloten, ob das Dossier wiederbelebt werden könne.¹ Am 15. November 2012 wird Luc Frieden im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer heftig kritisiert. Kritik betrifft auch die Rolle von Wirtschaftsanwalt Albert Wildgen, einem persönlichen Freund von Luc Frieden mit guten Kontakten in den Golfstaaten, den Luc Frieden in seiner Delegation mit an den Verhandlungen teilnehmen ließ, obwohl Wildgen als Anwalt auch die Geschäftsinteressen Katars vertrat. Frieden rechtfertigte sich vor dem Parlament mit den Worten: „*Net ech décidéieren, wien de Grand-Duc héritier mathëllt op eng Rees.*“² So überträgt der Minister Luc Frieden einen Teil seiner Verantwortung an das zukünftige Staatsoberhaupt – und dies als ausgebildeter Jurist!

Am 10. Juni 2011 unterzeichnet der katarische Premierminister Al Thani in Luxemburg den Vertrag, mit dem der CargoluxDeal besiegelt wird. Zwei persönliche Freunde von Luc Frieden – Albert Wildgen und François Pauly – spielen in diesem Dossier eine undurchsichtige Rolle. Der Geschäftsanwalt Albert Wildgen war, wie vorhin erwähnt im Februar 2011 beim „Handshake“ in Doha dabei. Nun wird Wildgen Präsident des Verwaltungsrates der Cargolux und dies auf Wunsch der Kataris. Ein Tag zuvor wird unter größter Geheimhaltung der Transfer der Aktien organisiert. Erst nach zähen Verhandlungen akzeptieren die staatlichen und halbstaatlichen Aktionäre (BCEE, SNCI und Luxair), dass die privaten Aktionäre BIP Investment Partners und LuxAvantage ein größeres Stück des Kuchens – sprich des Verkaufspreises – erhalten. BIP – mit François Pauly als Geschäftsführer – profitierte besonders von diesem unorthodoxen Vorgehen. Der gleiche François Pauly ist am Verkauf der Kreditbank Luxemburg (KBL) und der BIL an Precision Capital beteiligt, die Investmentgesellschaft der Familie des katarischen Emirs.³

Am 16. November 2012 stieg Qatar Airways wieder aus Cargolux aus. Die Kataris übten seit Monaten großen Druck aus, um die Flugzeugflotte der Cargolux drastisch zu reduzieren, die Wartung auszulagern und eine Lockerung des Arbeitsrechts zu erreichen. Sie erreichten, dass der luxemburgische CEO

1 Vgl. Forum : *Chronik eines politischen Scheiterns*, op.cit. S. 11.

2 Ibid., S. 13.

3 Ibid., S. 11.

von Cargolux im Juli 2012 entnervt seinen Posten aufgab und (provisorisch) durch ihren Favoriten Richard Forson ersetzt wurde. Doch die Kataris konnten Forson nicht als zukünftigen CEO durchsetzen. Damit scheiterte Luc Friedens großer Deal.⁴

Am 11. Juni 2013 debattiert das Parlament erneut über das Cargolux-Dossier. Grundlage ist ein Bericht von 23 Seiten, den der Minister Luc Frieden bei der Beratungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers in Auftrag gegeben hatte (Kosten: 200.000,- €, also 8.685,70 € pro Seite). Der Bericht kommt zum Schluss, dass alle Beteiligten „en bon père de famille“ gehandelt hätten.⁵ François Bausch, Fraktionspräsident der Grünen, resümierte gegenüber RTL: „Wou een da muss feststellen, datt éischtens op e ganze Koup Froen déi mir gestallt hunn, an deem Rapport keng Äntwert ass. Ee sech zweetens muss froen, ob dat esou glécklech war fir deen nämmechte Consultant ze huelen, deen och am Prozess zwéischent der Verhandlung mat de Katarie mat am Spill war. An drëtters een d'Impressioun awer net lass gëtt, wann een dat hei liest, datt e bëssen et Copy-paste ass, niddergeschriwwen zu deem wat de Minister eis scho virun iwwer engem Joer gesot huet, dat heescht datt et awer e bëssen eng bestallte Saach ass.“⁶

Romain Hilgert bilanzierte, einige Jahre später, die Cargolux-Affäre treffend im Lëtzebuurger Land: „2012 fädelt Luc Frieden mit zwei geschäftstüchtigen Freunden den Verkauf eines Teils von Cargolux an die katarische Precision Capital ein. Auf Kosten der staatlichen Aktionäre Luxair, Sparkasse und SNCF. Er organisierte den Verkauf der Bil zum Freundschaftspreis. Precision Capital verkaufte die Bank weiter, 700 Millionen Euro teurer. Wenige Monate nach seiner Amtsniederlegung stellte er seine als Finanzminister gewonnenen Beziehungen und Einblicke in den Dienst der Deutschen Bank London. Privat- und Eigeninteressen über das Gemeinwohl zu stellen, entspricht dem neoliberalen Haushaltsdogma. Es macht aber noch niemand zum Finanzgenie.“⁷

>>> Bankgeheimnis

>>> Banque Internationale à Luxembourg

>>> Katar

4 Ibid., S. 13.

5 Ibid., S. 15.

6 Vgl. Ministère des finances : Luc Frieden au sujet des accusations à son encontre et concernant son rôle dans l'enquête sur l'affaire dite du poseur de bombes („Affär Bommeleeër“), 11. Juni 2013. https://mfin.gouvernement.lu/en/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Binter-views%2B2013%2B06-juin%2B11-frieden-tv.html

7 Vgl. Romain Hilgert: Kompetenz in Krisenzeiten, d'Lëtzebuurger Land, 7. April 2023. <https://www.land.lu/page/article/305/340305/FRE/index.html>

Comeback 1.0.

Im Frühsommer 2016, kündigte sich, nach zwei Jahren Abstinenz, ein Comeback von Luc Frieden in der Politik an, die er selbst wie folgt kommentierte: „*Ech si ganz frou a geéiert dat meng Partei gësch an der Sitzung [...] mäin Numm mat an d'Ronn geworf huet, fir doriwwer Consultatiounen ze féieren. Ech si bereet nach eng Kéier a Lëtzebuerg oder an Europa Verantwortung ze iwwerhuelen*“¹ und Frieden war in seinen Aussagen klar: „*ech well nach eng Kéier Politik maachen*“².

Luc Caregari konstatierte in der Woxx: „*Ce qui importe [...] c'est le message qu'il véhicule: le retour à la croissance, l'acceptation de la libre concurrence, la soumission totale de la politique aux lois dictées par les multinationales. Bref, s'il ne l'avait pas encore fait à l'époque où il était encore ministre, Luc Frieden a maintenant gobé l'idéologie néolibérale à la grande louche.*“ und schlussfolgerte: „*Soyons clair: si Frieden se porte candidat en 2018, ce n'est pas pour un retour au bon vieux temps, mais pour soumettre définitivement la démocratie à la fêrule néolibérale.*“³

Doch spätestens mit der Wahlniederlage der CSV am 14. Oktober 2018 war klar: das politische Comeback des Luc Frieden war gescheitert. Einige Monate zuvor hatte sich Luc Frieden von der CSV zusichern lassen, dass wenn die CSV wieder Regierungspartei werden würde, seine Partei ihn bei Koalitionsverhandlungen als Kandidat für den Posten des EU-Kommissars durchsetzen würde.

Nach diesem gescheiterten Comeback Versuch, legte Luc Frieden seine politischen Ambitionen auf Eis. Er strebe kein parteipolitisches Mandat mehr an, so wurde Luc Frieden Mitte Januar 2019 vom *Luxemburger Wort* zitiert. Seine Jobs als Partner bei Elvinger Hoss Prussen, als Verwaltungspräsident der BIL und von Saint-Paul Luxembourg nahm er natürlich aber weiter wahr.

>>> *Banque Internationale à Luxembourg*

>>> *Wort*

1 Vgl. RTL Radio Background: Luc Frieden, 25. Juni 2016, 0 Min. 17 Sek..

2 Vgl. RTL Radio Background: Luc Frieden, 25. Juni 2016, 16 Min. 24 Sek..

3 Vgl. Luc Caregari : *Retour de Frieden : Frieden 2.0*, Woxx, 7. Januar 2016. <https://www.woxx.lu/retour-de-frieden-frieden-2-0/>

Demonstrationsfreiheit

Im Februar 1999 wollten einige lombardische Milchbauern und kurdische Exilanten vor einer Außenministertagung auf dem Kirchberg demonstrieren. Luc Frieden setzte kurzerhand das Schengener Abkommen außer Kraft und ließ während fünf Tagen die Grenzen kontrollieren.¹

Am 20. Dezember 2002 brachte Luc Frieden den Gesetzentwurf N° 5076 im Parlament ein, der den irreführenden Titel trug: „*Projet de loi garantissant l'usage paisible du droit de propriété et la liberté de mouvement et portant introduction d'un nouvel article 442-1 au code pénal*“.

Die Anwaltskammer hielt zu diesem Gesetzesvorschlag fest: „*Se cachait derrière cet intitulé un texte très répressif mettant en cause certaines libertés fondamentales et violant le principe de proportionnalité.*“². Mit diesem Gesetzesvorschlag wollte Luc Frieden Kundgebungen von Gewerkschaftern und Umweltschützer in oder vor Firmen und Büros mit bis zu fünf Jahren Haft bestrafen.

Nach Protesten musste Luc Frieden seinen Gesetzentwurf am 21. Oktober 2004 zurückziehen.

>>> *Justiz*

>>> *Lex Greenpeace*

1 Vgl. Romain Hilgert : *Köhlerjunge Luc*, d'Lëtzebuurger Land, 28. April 2023. <https://www.land.lu/page/article/366/340366/FRE/index.html>

2 Vgl. Avis du Conseil de l'Ordre des Avocats du Barreau de Luxembourg, Doc. parl. N° 5156/1, 12. Februar 2004, S. 1. <https://wdocs-pub.chd.lu/docs/exped/098/442/049471.pdf>

Im Juli 2014 kündigte Luc Frieden sein Abschied aus dem Parlament an, da die Rolle als Oppositionspolitiker weniger zu seinen Charaktereigenschaften passen würde, so Frieden über Frieden¹. Der ehemalige Finanzminister tauschte die harte Oppositionsbank mit einem weichen Pseudo-Chefsessel bei der Deutschen Bank in London, wie die CSV-Fraktion am 10. Juli 2014 bekannt gab. In Wirklichkeit hatte Frieden vor allem sein Adressbuch verkauft.

Die Deutsche Bank schrieb in ihrer Pressemitteilung, dass Luc Frieden ab dem 15. September 2014 als Berater des Vorstands „*bei strategischen Aspekten internationaler und europäischer Angelegenheiten*“ fungieren würde. Außerdem soll Luc Frieden mit der Abteilung *Government & Regulatory Affairs* sowie anderen Infrastruktur- und Geschäftseinheiten der Bank zusammenarbeiten und direkt an Stephan Leithner, Mitglied des Vorstands, berichten.

Der Spiegel berichtete schon unter dem Titel „*Ex-Finanzminister Luxemburgs heuert bei Deutscher Bank an*“ im Juli 2014: „*Die Deutsche Bank holt sich Luc Frieden an Bord. Der ehemalige luxemburgische Finanzminister werde das Institut ab Mitte September von London aus als Vice Chairman „bei strategischen Aspekten internationaler und europäischer Angelegenheiten“ beraten, teilte Deutschlands größtes Geldhaus am Donnerstag mit. [...] Die Bank will sich damit Friedens Netzwerk zunutze machen.*“² Die in der Pressemitteilung der Deutschen Bank genannten Kompetenzen zeigen eindeutig, dass Frieden sich für die in seiner Amtszeit als Luxemburger Minister gesammelten Infos und Beziehungen bezahlen ließ, stellte *Reporter.lu* einige Jahre später klar³.

Luc Frieden konnte bei seinem Wechsel zur Deutschen Bank kein Interessenkonflikt erkennen: „*Nach reiflicher Überlegung bin ich zur Überzeugung gelangt, dass sich das Problem der Deontologie in meinem Fall nicht stellt, dies umso mehr, da ich ins Ausland wechsle.*“⁴

Nach nur knapp anderthalb Jahren gab Luc Frieden den Posten bei der Deutschen Bank in London auf. Ein Grund war wohl auch, dass sein direkter Chef, an den er zu berichten hatte, Stephan Leithner im Oktober 2015 die Bank, im Zuge des Skandals um die manipulierten Libor-Zinssätze⁵ und Geldwäsche

1 Vgl. Christoph Bumb und Laurent Schmit : *Vom Politiker zum Lobbyisten, op.cit.*

2 Vgl. Spiegel : *Ex-Finanzminister Luxemburgs heuert bei Deutscher Bank an*, 10. Juli 2014. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bank-und-frieden-ex-finanzminister-luxemburgs-wird-berater-a-980419.html>

3 Vgl. Christoph Bumb und Laurent Schmit : *Vom Politiker zum Lobbyisten, op.cit.*

4 Luc Frieden im Luxemburger Wort vom 15. September 2014.

5 „*Die Finanzaufsicht Bafin wirft Leithner zwar nicht vor, an den Manipulationen beteiligt gewesen zu sein, bemängelt aber die interne Aufarbeitung des Skandals.*“ Vgl. Andreas Kröner: *Das will Ex-Deutsche-Bank-*

in Russland⁶, verließ. Luc Frieden beendete sein Gastspiel auf der Insel und kehrte nach Luxemburg zurück.

Im Rückblick beschrieb Luc Frieden seinen Wechsel zur Deutschen Bank mit den Worten: „*Wann een neien Defi u mech erugedroe gëtt, da soen ech do ganz gäre jo, esou ass och deemools ewéi d'Deutsche Bank vu London komm ass, dat hunn ech spannend fonnt, dat war eng immens interessant Aufgab*“⁷.

Die Woxx urteilte nachdem das Kapitel Deutsche Bank bei Luc Frieden abgeschlossen war: „*On a longtemps spéculé pour savoir si l'ancien ministre des Finances avait accepté ce boulot comme une sorte de placard doré, pour le remercier de ses bons et loyaux services pour la place financière lorsqu'il était aux commandes, ou s'il s'agissait d'un vrai travail. Vu que dans ses heures creuses il a eu le temps d'écrire un livre et de se montrer très présent au Grand-duché, il se pourrait que la première option soit plus proche de la vérité.*“⁸

>>> *Banque internationale à Luxembourg*

>>> *Europa 5.0.*

Manager Stephan Leithner bei der Deutschen Börse, Handelsblatt, 1. Juli 2018. <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/neuer-vorstand-das-will-ex-deutsche-bank-manager-stephan-leithner-bei-der-deutschen-boerse-/22751424.html>

Vgl. Michael Braun: *Der Libor-Skandal und die Deutsche Bank*, Deutschlandfunk, 28. November 2012. <https://www.deutschlandfunk.de/der-libor-skandal-und-die-deutsche-bank-100.html>

⁶ Vgl. Markus Frühauf: *Nach Geldwäschereffäre Deutsche-Bank-Vorstand Leithner geht*, Frankfurter Allgemeine, 15. Oktober 2015. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bank-trennt-sich-von-vorstand-stephan-leithner-13859391.html>

⁷ Vgl. RTL Radio Background: Luc Frieden, 25. Juni 2016, 20 Min. 49 Sek..

⁸ Vgl. Luc Caregari : *Retour de Frieden : Frieden 2.0*, Woxx, 7. Januar 2016. <https://www.woxx.lu/retour-de-frieden-frieden-2-0/>

Europa 5.0.¹

Während seiner Zeit bei der Deutsche Bank AG London verfasste Luc Frieden, zusammen mit Nicolaus Heinen und Stephan Leithner, ein Buch mit dem Titel: „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“. Wie die Autoren in der Einleitung bekräftigten, haben *„die Strukturen und der Rahmen der Deutschen Bank [...] dabei geholfen ein Thema von dieser Breite erfolgreich zu bewältigen. Dies verdeutlicht auch, wie wichtig eine führende Institution wie die Deutsche Bank für [...] Europa ist“*².

In diesem Buch findet man auch eine interessante Sichtweise auf die Politik, laut der sie nicht für ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen hätte, sondern den Rahmen setzt um *„mit einer gezielten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Wachstumshemmnisse zu beseitigen, Kooperationsmöglichkeiten auszubauen und Perspektiven der finanziellen Teilhabe und Absicherung zu verbessern“*³.

Auf Kritik an seinem Buch, besonders bezüglich der Idee, dass der Mindestlohn nicht für alle gelten sollte und Geringqualifizierte sich den Mindestlohn erst einmal erarbeiten müssten, erwiderte Frieden dem Kritiker: *„Ech hoffen dat dir all déi Säite geliest hut an dat dir den Kontext vun deem Buch gesinn hut, dat Buch ass ee Buch fir ganz Europa. [...] Dat ass kee Buch an kee Saz dee sech op Lëtzebuerg applizéiert, mee dee kann a verschiddene Länner a verschiddene Situatiounen fir Leit déi am Chômage sinn, fir déi do eraus ze kréien, an ech schwätze vun deenen.“*⁴ Dabei sollte Luxemburg doch immer Vorreiter in Europa sein...

>>> *Arbeitsrecht*

>>> *Deutsche Bank AG*

>>> *Mindestlohn*

1 Zusammenfassung des Buches: Michèle Sinner: *TTIP und private Renten*, d'Lëtzebuurger Land, 8. Januar 2016. <https://www.land.lu/page/article/816/8816/FRE/index.html>

2 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 17.

3 Ibid., S. 68.

4 Vgl. RTL Radio Background: Luc Frieden, 25. Juni 2016, 25 Min. 02 Sek.

F lidja Ahmed Messaoud

Ahmed Messaoud Flidja war seit 1993 in Luxemburg, besaß aber keine gültigen Papiere. Die Familie Flidja war in Algerien in Lebensgefahr, da sie auf einer Art schwarzer Liste der islamistischen FIS stand. Eine Empfehlung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sprach sich sogar formell gegen die Rückführung jeglicher Mitglieder dieser Familie aus!¹ Außerdem war Herr Flidja mit der französischen Staatsbürgerin Zorah Boumédine verlobt, mit der er einen Sohn, Hicham, hatte, der zum Zeitpunkt der Rückführung ein Jahr alt war. Eine Hochzeit war für August geplant.

Am 29. Juni 2000 wandte sich Zorah Boumédine an den Justizminister Luc Frieden: *„Son fils et moi avons besoin de lui, je vous en prie, ne nous séparez pas. Je fais appel à votre humanité, monsieur le ministre, la situation de monsieur Flidja est en voie de se régulariser.“*² Der Justizminister antwortete nicht auf dieses Schreiben und weder ein Familienmitglied, noch nicht einmal sein Anwalt hatten die Möglichkeit, sich von Herrn Ahmed Messaoud Flidja zu verabschieden oder sich ihm vor seiner Rückführung auch nur zu nähern.

Am 4. Juli 2000 um 8 Uhr morgens wurde Herr Ahmed Messaoud Flidja mit einem Flieger nach Algerien abgeschoben. Die Familie wurde am Vorabend durch einen Telefonanruf des Mannes, der in Schrässig in Abschiebehäft saß, informiert. Das Collectif réfugiés mobilisierte für einen Protest vor dem Flughafen. Angesichts der Unmöglichkeit eines Dialogs mit den Behörden beschlossen etwa zwanzig Personen spontan, sich Zugang zum Rollfeld vom Findel zu verschaffen, um so nah wie möglich an das Flugzeug heranzukommen, in dem der algerische Flüchtling schließlich zurückgeführt wurde.

Am Nachmittag wurde Luc Frieden von Ben Fayot im Parlament zu diesen Vorfällen befragt und antwortete genervt: *„Ech sinn aawer entsat, wéi eng Rei Leit an Organisatioune sech hei asetzen, fir eng geféierlech ageschate Persoun, dei sech illegal hei zu Lëtzebuerg ophält, hei wëllen ze behalen, an, jo, souguer dofir um Flughafen, um Findel, agebrach hunn“*³. Luc Frieden gab im Parlament zu Protokoll, dass seinen Informationen zufolge Ahmed Messaoud Flidja im europäischen Informationssystem (SIS) als „bewaffnet und gefährlich“ eingestuft wäre, ein Vermerk, der fälschlicherweise von der französischen Polizei eingeführt worden war, da sie vermutete, dass er islamistischen Kreisen nahestehende. *„Or, le cas échéant, Ahmed Messaoud Flidja aurait été doublement*

1 Vgl. Josée Hansen : *Procès contre le Collectif Findel – Mais pour qui vous prenez-vous ?*, d’Lëtzebuurger Land, 10. Januar 2002. <https://www.land.lu/page/article/303/2303/DEU/index.html>

2 Ibid.

3 Ibid.

en danger en Algérie, une telle « réputation » risquait de lui procurer de sérieuses difficultés avec les autorités étatiques.”⁴, wie Josée Hansen anmerkte.

Auch die Woxx kritisierte die Abschiebung von Ahmed Messaoud Flidja scharf: „En expulsant Messaoud Ahmed, l'État luxembourgeois a notamment enfreint la Convention des Droits de l'Enfant et la Convention européenne des Droits humains, qui garantissent le droit de vivre en famille. La désignation „dangereux et armé“ du „Système d'Information de Schengen“, n'est apparue qu'au dernier moment; alors que le réfugié fut toléré par les autorités pendant sept longues années. De plus elle n'a pu être confirmée par aucune autre source.“

Einige Monate später war dieser „gefährliche und bewaffnete“ Herr Ahmed Messaoud Flidja in Frankreich, mit Frau und Kind und befand sich im Prozess der Regularisierung.⁵

>>> *Asylpolitik*

>>> *Justiz*

>>> *Odile Mpo-Luana*

>>> *Operation Milano*

>>> *Salmi Taoufik Kalifi*

4 Vgl. Germain Kerschen : *Collectif Findel: Pas de libertés en zone rouge*, Woxx, 5. Oktober 2001. <https://www.woxx.lu/311/>

5 Ibid.

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ bekräftigte Luc Frieden seine Sicht auf die Gewerkschaften: „Über 23 Millionen Menschen waren in der EU Mitte 2015 ohne Job. Grund dafür ist auch, dass in einigen Ländern die Arbeitsmärkte aufgrund [...] starker Gewerkschaften noch immer zu unflexibel sind“¹ und bedauerte: „Wer beispielsweise heute die Flexibilisierung der europäischen Arbeitsmärkte fordert, hat nicht nur bald die Gewerkschaften, sondern auch Vertreter des gesamten Parteienspektrums gegen sich“².

Laut Frieden sind „Reformprozesse möglich [...], wenn der politische Wille vorhanden ist und parteipolitische Sonderinteressen hintangestellt [sic] werden“. Die Agenda 2010 wird hierbei als gelungener Reformprozess gelobt. Beim „Konsens ohne Sozialpartner“, da diese die Gespräche blockierten, wurde „die Agenda 2010 von der damaligen Bundesregierung ohne weiteren Diskurs verabschiedet. [...] Die Reformen wirkten: Die Arbeitslosigkeit sank von 2005 bis 2008 von 11 auf 7,4 Prozent“³. Dass die Schröder-Regierung durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Begrenzung der Arbeitslosenversicherung auf ein Jahr eine neue Kategorie von Menschen in Deutschland schuf: die sogenannten Hartz-IV-Bezieher, die gezwungenermaßen unter der Armutsgrenze leben müssen, beziehungsweise gezwungen werden können als Gegenleistung für die schäbige Sozialhilfe Ein-Euro-Jobs auszuüben, d.h. für einen Euro pro Stunde zu arbeiten, wurde bei diesen Lobeshymnen bewusst ausgeklammert. Man sollte auch nicht vergessen, dass das Bundesverfassungsgericht die Hartz-IV-Sanktionen 2019 als teilweise verfassungswidrig angesehen hat.

>>> *Arbeitsrecht*

>>> *Arbeitszeit*

>>> *Index*

>>> *Renten*

>>> *Tripartite*

1 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 35.

2 Ibid., S. 53.

3 Ibid., S.121.

Laut Luc Frieden „gehört es zu einer gesunden Finanzpolitik [...] weniger Geld auszugeben. Das heißt vor allem, dass man zukünftig neue Sozialleistungen nicht für jeden gleich gestaltet. Also keine Gratis-Politik für alle, wie es diese Regierung praktiziert hat, sondern gezielt für diejenigen, die sie wirklich brauchen.“¹

Auf die Nachfrage des *Télécran*-Journalisten ob Luc Frieden ihm ein konkretes Beispiel für gezieltere Sozialleistungen nenne könne, antwortet Frieden: „Ich glaube, dass viele der Maßnahmen in den letzten Jahren unabhängig von der jeweiligen Einkommenssituation eingeführt worden sind, zum Beispiel in puncto Energie oder öffentlicher Transport. Ich möchte diese Maßnahmen nicht rückgängig machen, aber ich hätte sie anders gestaltet wären wir in der Regierungsverantwortung gewesen.“²

Die Frage wie Luc Frieden die soziale Selektivität zum Beispiel im öffentlichen Transport eingeführt hätte, bleibt unbeantwortet. Hätte er zum Beispiel den öffentlichen Transport nur für Steuerzahler die weniger als 5.000 € im Monat verdienen, kostenlos gemacht? Wie hätte dies konkret ausgesehen und wie hätte Luc Frieden sichergestellt, dass der öffentliche Transport in der Klimakrise zum Transportmittel der breiten Bevölkerung werden kann, ohne soziale Zugangshürden? Konkrete Antworten gibt Frieden keine.

>>> *Austerität*

>>> *Klimakrise*

>>> *Soziales*

1 Vgl. *Télécran*: „Wir brauchen eine starke Mittelschicht“ – CSV-Spitzenkandidat im Interview, Nr. 32/2023.

2 *Ibid.*

Graue Liste

Als, im Frühling 2009, Luxemburg auf der „grauen Liste“ von Finanzparadiesen stand, verkaufte Luc Frieden dies gegenüber dem *Télécran* als ein Erfolg, denn: „Die graue Liste ist nicht schlimm“¹.

Mit diesem „Storytelling“ versuchte der damalige Finanzminister Luc Frieden, davon abzulenken, dass er viel zu lange an der aggressiven Steuerpolitik festgehalten hatte und erst zu spät merkte, dass Luxemburg nicht länger in der Lage war, sich den internationalen Bestrebungen zu widersetzen, die sich das „Austrocknen“ der Steuerparadiese zum Ziel gesetzt hatten.² Der frühere luxemburgische Botschafter, François Bremer merkte an, dass der Finanzminister Luc Frieden lange „hochmütig“ den Dialog mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) abgelehnt habe und somit wohl die Situation eher verschlimmerte als entschärfte.

Außerdem unterstrich Bremer: *„Unsere Regierungsvertreter sind im Irrtum, wenn sie glauben, dass die gesamte Bevölkerung Luxemburgs ihren Einsatz für die integrale Bewahrung des Bankgeheimnisses unterstützen würde. Für die allermeisten Luxemburger war es höchste Zeit, dass das Bankgeheimnis gelockert wurde und den Steuersündern das Handwerk gelegt wird. Sie vertreten zu Recht die Meinung, dass Steuergerechtigkeit ein Teil der sozialen Gerechtigkeit ist und dass Steuerhinterziehung unweigerlich zu Lasten der Allgemeinheit geht. Das müsste eigentlich auch unseren „christlichen“ Politikern der CSV einleuchten.“*³

François Bremer schreibt weiter: *„Als höchst peinlich empfindet auch so mancher Luxemburger die Nachhutgefechte, die sich Juncker und Frieden mit der OECD liefern. Einerseits versichern beide, die von der OECD aufgestellte graue Liste, auf der auch Luxemburg aufgelistet ist, enthalte keine wirklichen Neuigkeiten und sie sei rein faktentreu. Andererseits zeigen sie sich entrüstet, dass die OECD sich nicht im Vorfeld mit der luxemburgischen Regierung abgesprochen habe. Von den Verantwortlichen der OECD werden diese Vorwürfe kategorisch zurückgewiesen. Es ist in der Tat kein Geheimnis, dass luxemburgische Vertreter im ständigen Kontakt mit der OECD standen. Minister Frieden in Person hatte noch vor einigen Wochen der OECD einen Besuch abgestattet; seinerseits hatte der Generalsekretär der internationalen Organisation Gespräche mit den*

1 Vgl. *Télécran* : „Über Nacht weißgewaschen“ Luc Frieden au sujet de la liste grise de l’OECD, 7. April 2009. https://gouvernement.lu/fr/actualites/toutes_actualites/interviews/2009/04-avril/08-frieden-telecran.html

2 Vgl. François Bremer : *Bankgeheimnis – Wurde Luxemburg platt gewalzt ?*, Forum N° 286, S. 10 bis 11. https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2015/11/6574_286_Bremer.pdf

3 Ibid.

*zuständigen Ministern in Luxemburg geführt und ihnen sogar Ratschläge erteilt, wie sie dem internationalen Druck entgegenzutreten könnten*⁴.

In einem kürzlich erschienenen Kommentar auf *RTL* meint die Journalistin Michèle Sinner: „*Do kann ee fir de Kandidat Luc Frieden just hoffen, datt d’Wieler sech net méi esou genee drun erënneren, wéi esou munch vun deene [internationale] Verhandlungen ausgaange sinn. Schliisslech war et ënnert dem Budgetsminister Luc Frieden, wou Lëtzebuerg op déi berüümte gro Lëscht vun de Steieroase gerode war. An et war och hien, deen 2013 aus Versinn an engem Zeitungsinterview d’Bankgeheimnis ofgeschaaft hat, well d’Froen net richtig gelies gi waren.*“⁵

>>> *Bankgeheimnis*

>>> *Steuern*

4 Ibid.

5 Vgl. Michèle Sinner: *E puer Schrëpsen am Lack*, op. cit.

Am 18. Januar 2019 meldete das *Lëtzebuurger Land*, Luc Frieden wäre Kandidat, um den Präsidentenposten der Handelskammer zu übernehmen¹.

Auf dieses Gerücht angesprochen, gab der scheidende Präsident Michel Wurth klar zu verstehen: „*E President vun der Chambre de Commerce kann net en aktive Politiker sinn, an duerfir wär et nëmme credibel wann e Luc Frieden wierklech net nëmme géif deklaréieren, mee et och beweist dat hee keen aktive Rôle an der Politik méi hëlt an och keng privilegiéiert Relatioun méi mat der CSV soll hunn [...]. Dat ass ganz kloer d'Chambre de Commerce ass apolitesch*“². Dass Luc Frieden diese Kriterien nie erfüllte wurde spätestens im Januar 2023 offensichtlich, als die CSV den Präsidenten der Handelskammer, Luc Frieden zu ihrem Spitzenkandidaten designierte; Luc Frieden trat erst Anfang Februar 2023 als Präsident der Handelskammer zurück.

Zur Zeit seiner Nominierung als Präsident der Handelskammer, einer öffentlichen Einrichtung, arbeitete Luc Frieden auch als Anwalt und war als jener laut den deontologischen Regeln des Berufs, einer gewissen Neutralität verpflichtet. Die Vorsitzende der Diekircher Anwaltskammer sah den Posten als Präsident einer öffentlichen Einrichtung, wie der Handelskammer, als möglicherweise unvereinbar mit der Neutralitätspflicht des Anwaltes an.³ Ein Verzicht auf seine Anwaltschaft hätte eine hohe finanzielle Einbuße für Luc Frieden als Partner bei der Anwaltskanzlei Elvinger Hoss Prussen bedeutet und solche deontologischen Bedenken wurden wohl wie gewohnt von Luc Frieden ignoriert.

So stellte Luc Frieden seine lukrative « Flexibilität » in den Vordergrund: „*Sur une semaine, il passerait en moyenne deux jours à la Banque internationale à Luxembourg (Bil), deux jours au cabinet d'affaires Elvinger & Hoss et une journée à la Chambre de commerce*“ schrieb der Journalist Bernard Thomas.⁴

>>> *Banque Internationale à Luxembourg*

1 Vgl. Bernard Thomas : *Looking for Frieden*, d'Lëtzebuurger Land, 18. Januar 2019. <https://www.land.lu/page/article/056/335056/FRE/index.html>

2 Vgl. Rick Mertens : *Riicht eraus – Michel Wurth*, Radio 100,7, 20. Januar 2019, 40 Min. 20 Sek. <https://www.100komma7.lu/article/aktualiteit/letzebuerg-besser-prepareiert-wei-frankraich>

3 Vgl. Pol Schock : *Luc Frieden und die Grauzone - Weshalb sich das Patronat mit Michel Wurths Nachfolge schwertut*, Tageblatt, 19. Februar 2019. <https://www.tageblatt.lu/headlines/die-welt-nach-wurth-abschied-des-uel-chefs-stellt-arbeitgeber-vor-grosse-herausforderungen/>

4 Vgl. Bernard Thomas: *Honoris Causa*, op. cit.

Homophobie

Liberal ist Luc Frieden vor allem als Finanzlobbyist. Im Zusammenhang mit der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in den Niederlanden am 1. April 2001, antwortete Frieden auf eine parlamentarische Anfrage: *„[on] peut admettre qu'en l'état actuel de notre législation la validité d'un mariage célébré entre personnes du même sexe [...], sur base d'une [...] législation étrangère, ne serait pas reconnue au Luxembourg, car un tel mariage serait considéré comme contraire à notre ordre public“*¹.

>>> *Justiz*

¹ Réponse écrite de Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, à la question parlementaire n° 957 du 5 février 2001.

Am 10. April 2010 kommen die Sozialpartner zu Tripartite-Verhandlungen zusammen. Der von Finanzminister Luc Frieden ausgearbeitete Vorschlag zum Index sah vor die Erdölpreise, den Alkohol und den Tabak aus dem Warenkorb, der die Basis zur Indexberechnung bildet, herauszunehmen.¹ Am 12. April 2010 veröffentlicht OGBL-Präsident Jean-Claude Reding die Sparvorschläge der Regierung und erfindet damit die „offene Tripartite“. In den folgenden Tagen geht Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) auf Distanz zu Finanzminister Luc Frieden und dessen Sparvorschlägen.²

Im *Télécran*-Interview vom 11. Mai 2010, gibt Luc Frieden seine Meinung zum Index preis: *„Der Index hat sicher zum Wohlstand und zum sozialen Frieden in diesem Land beigetragen. Deshalb wollen wir ihn auch nicht einfach abschaffen. Das Problem ist, dass wir das einzige europäische Land sind, das ein Indexsystem hat, derweil die Nachbarländer, mit deren Betrieben unsere Wirtschaft konkurriert, dies nicht hat. Das ist das Problem.“*³

Auch im Jahr 2012, wollte Frieden immer wieder den Index in Frage stellen: *„Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Luxemburg abzusichern, hätte er es vorgezogen, dass jetzt schon eine Entscheidung in der Index-Frage gefällt worden sei, so Frieden in der 100,7 – Sendung „Riicht Erasus““*⁴ In seiner Grundsatzrede am 4. Februar 2012 bei der *„Journée de l'ingénieur“*, sprach Luc Frieden zwar den Index nicht direkt an, gab aber zu bedenken: *„[...] il faut veiller à ne pas augmenter continuellement les dépenses par des automatismes qui, aussi agréables soient-ils, ne peuvent pas être financés sur le long terme“*⁵.

Bei diesen Automatismen handelt es sich beispielsweise um die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation, sobald diese die 2,5% Marke erreicht (Index), die automatische achtprozentige Beteiligung des Staates am Rentenversicherungsbeitrag, sowie die automatische 40-prozentige staatliche

1 Vgl. OGBL : *Der OGBL nimmt das Austeritätsprogramm unter die Lupe*. http://www.ogbl.lu/wp-content/uploads/2011/12/prog_austerite_DE.pdf

2 Vgl. Forum : *Chronik eines politischen Scheiterns*, op.cit., S. 10.

3 Vgl. *Télécran* : *„Wichtig ist die Zukunft des Landes“ – Luc Frieden au sujet des discussions tripartites et des propositions du gouvernement visant à réduire le déficit des finances publiques*, 11. Mai 2010. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Binterviews%2B2010%2B05-mai%2B12-frieden.html

4 Vgl. *Luxemburger Wort* : *Luc Frieden: Besser jetzt schon eine Index-Entscheidung*, 15. März 2012. <https://www.wort.lu/luxemburg/luc-frieden-besser-jetzt-schon-eine-index-entscheidung/560536.html>

5 Vgl. *Ministère des finances: Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

Beteiligung an der Pflegeversicherung, die Frieden allesamt ein Dorn im Auge waren (und insgeheim wohl immer noch sind?).

Auch in rezenten Interviews stellt Luc Frieden den Index-Mechanismus in Frage: „Wir sind uns aber bewusst, dass im Falle einer starken Inflation, wenn also mehr als eine Index-Tranche pro Jahr fällig wird, im Sozialdialog eine Lösung gefunden werden muss, die sowohl dem Einkommensverlust der Menschen als auch der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe Rechnung trägt. [...] Anders ausgedrückt: Werden mehrere Index-Tranchen in einem Jahr fällig, muss man schauen, wie man die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe erhalten kann.“⁶ Solche Äußerungen von Luc Frieden stellen natürlich auch die Bekenntnisse seiner Partei in Punkto Index in Frage: „Der Erhalt des Index ohne Wenn und Aber entspreche ebenfalls den Vorstellungen der Christlich-Sozialen“, so etwa zum Beispiel Gilles Roth gegenüber dem *Tageblatt*⁷.

>>> *Arbeitsrecht*

>>> *Arbeitszeit*

>>> *Austerität*

>>> *Gewerkschaften*

>>> *Soziales*

>>> *Tripartite*

⁶ Vgl. Luxemburger Wort : *Luc Frieden : Gratis-Politik für alle ist nicht finanzierbar*, 24.03.2023. <https://www.wort.lu/politik/luc-frieden-gratis-politik-fuer-alle-ist-nicht-finanzierbar/1390382.html>

⁷ Vgl. Robert Schneider : *So wird der Tripartite-Abschluss gesehen*, *Tageblatt*, 22. September 2022. <https://www.tageblatt.lu/headlines/so-wird-der-tripartite-abschluss-gesehen/>

I nternationaler Währungsfonds

Am 11. Oktober 2012 lässt Luc Frieden im *Luxemburger Wort* verkünden, dass er nun „an der Spitze“¹ des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank stehe und erklärt: „Als Präsident des Gouverneursrats ist man „Primus inter pares“, setzt aber auch Akzente, nicht zuletzt durch die Eröffnungsrede.“² Natürlich war dies nur eine PR-Aktion. Der Posten des Vorsitzenden des *Board of Governors* wird nach einem einfachen Rotationsprinzip verteilt und wird im Organigramm des IWF nicht einmal erwähnt.

Das Einzige, was Frieden getan hätte, wäre im Jahr 2013 eine banale Begrüßungsrede wie seine Vorgänger in der Rotation zuhalten, darunter Riad Toufic Salameh, Gouverneur der Bank von Libanon (2012), Premierminister Hubert Ingraham von den Bahamas (2011), der Finanzminister von Nigeria Dr. Mansur Muhtar (2009) oder Dr. Nguyen Van Giau, Gouverneur der Zentralbank von Vietnam (2008). Man kann sich nicht wirklich an deren weltwirtschaftliche Akzente erinnern.

>>> *Banque Internationale à Luxembourg*

>>> *Deutsche Bank AG*

1 Vgl. *Luxemburger Wort* : *Luc Frieden an der Spitze von IWF und Weltbank*, 12. Oktober 2012. <https://www.wort.lu/wirtschaft/luc-frieden-an-der-spitze-von-iwf-und-weltbank/630171.html>

2 „LW: Herr Minister, Sie stehen jetzt an der Spitze von Währungsfonds und Weltbank. Was bedeutet diese Ernennung für Sie? – Luc Frieden: [...] Die Wahl ist eine Anerkennung für die Rolle, die Luxemburg in der internationalen Staatengemeinschaft einnimmt. Das ist ähnlich wie die Präsidentschaft der UNO-Vollversammlung, die Gaston Thorn in den 70er Jahren übernahm.“ Vgl. Pierre Leyers: *Luc Frieden: „Eine Ehre für Luxemburg“*, *Luxemburger Wort*, 15. Oktober 2012. <https://www.wort.lu/luxemburg/luc-frieden-eine-ehre-fuer-luxemburg/630719.html>

2004 wurde Luc Frieden Justiz-, Polizei- und Verteidigungsminister, oder wie der Journalist Romain Hilgert es ausdrückte: „zum Superminister für Law and Order“¹. Diese Nominierung rief heftige Reaktionen in der Zivilgesellschaft hervor. In einem längeren Aufruf hieß es: „diese Ämterhäufung stelle eine Gefahr für die Demokratie dar, weil sie die Autonomie der Staatsanwaltschaft weiter beschränke und das Risiko polizeilicher Übergriffe vergrößere. Schließlich sei Frieden, der als Verteidigungsminister auch noch für die Armee zuständig ist, verantwortlich für die Entwürfe der „Lex Greenpeace“ und des Gesetzes über anonyme Zeugenaussagen. Der „gefährlichste Minister“ drohe ein „Klima der Bedrohung und Angst“ zu erzeugen.“²

Die Bilanz des „Superministers“ Luc Frieden ist dabei durchaus durchwachsen, wie das Lëtzebuurger Land festhielt: „Am 20. Dezember 2002 brachte er einen Gesetzentwurf ein, „garantissant l'usage paisible du droit de propriété“. Kundgebungen von Gewerkschaftern und Umweltschützerinnen in oder vor Firmen und Büros wollte er mit bis zu fünf Jahren Haft bestrafen. Nach Protesten musste er seine „Lex Greenpeace“ zurückziehen. Am 20. Mai 2003 brachte er einen Entwurf zur Änderung der Strafprozessordnung ein: „[I]l ne sera pas fait mention dans le procès-verbal d'audition de certaines des données d'identité prévues à l'article 71“. Anonyme Zeugenaussagen erlauben Manipulationen auf Kosten der Angeklagten. Nach Protesten musste er den Entwurf zurückziehen. Der Justiz- und Polizeiminister wollte den staatlichen Sicherheitsapparat vor der Strafverfolgung schützen. Der Bommeleeër-Prozess gab preis, wie der Generaldirektor und der Generalsekretär der Polizei die Justiz behinderten. Luc Frieden wollte sie nicht abberufen. Bis Generalstaatsanwalt Roby Biever ihm keine Wahl ließ. Das Justizministerium bereitete einen Gesetzentwurf zur Bestrafung der Justizbehinderung vor. Luc Frieden begrub das Papier diskret in der Schublade. Wie er im Juni 2013 vor Gericht zugeben musste. Er missachtete die Gewaltentrennung und die Strafprozessordnung. Der Generalstaatsanwalt erzählte Radio 100,7, wie der Justizminister wiederholt die Aufklärung der Bombenanschläge verhindern, die Ermittler entmutigen wollte [...]“³.

>>> Bommeleeër

>>> Lex Greenpeace

>>> Témoignage anonyme

1 Vgl. Romain Hilgert : *Köhlerjunge Luc*, d'Lëtzebuurger Land, 28. April 2023. <https://www.land.lu/page/article/366/340366/FRE/index.html>

2 Vgl. D'Lëtzebuurger Land : *Der gefährlichste Minister*, 20. August 2004. <https://viewer.eluxemburgensia.lu/ark:70795/qdn7j7/pages/4/articles/DTL147>

3 Vgl. Romain Hilgert : *Köhlerjunge Luc*, op. cit. <https://www.land.lu/page/article/366/340366/FRE/index.html>

Katar

Luc Frieden verkaufte die Mehrheit der BIL an die katarischen Investoren von Precision Capital, eine Transaktion, die weitaus umstrittener war, als die BGL-BNP-Paribas-Lösung, unter anderem aufgrund der Herkunft der Investoren (aus einem undemokratischen Regierungssystem) und des Transaktionspreises, den viele für zu niedrig hielten. Auch der geplatzte Cargolux-Deal mit den Kataris, wurde heftig kritisiert.

Auch wenn er für seine Katarpolitik immer wieder kritisiert wurde, Luc Frieden selbst tut diese Kritik ab und sagt dazu: „*Es gibt jedes Mal Kritik, wenn jemand von außen kommt.*“¹

Romain Hilgert bilanzierte die Katarpolitik Frieden's im *Lëtzebuurger Land*: „*2012 fädelte Luc Frieden mit zwei geschäftstüchtigen Freunden den Verkauf eines Teils von Cargolux an die katarische Precision Capital ein. Auf Kosten der staatlichen Aktionäre Luxair, Sparkasse und SNCI. Er organisierte den Verkauf der Bil zum Freundschaftspreis. Precision Capital verkaufte die Bank weiter, 700 Millionen Euro teurer. [...]*“²

>>> *Banque internationale à Luxembourg*

>>> *Cargolux*

1 Vgl. Michèle Sinner: *Ex-Finanzminister Luc Frieden (CSV): Rück- und Ausblick - Soziale und wirtschaftliche Krisenoperation*, d'Lëtzebuurger Land, 20. Juni 2014. <https://www.land.lu/page/article/406/7406/DEU/index.html>

2 Vgl. Romain Hilgert: *Kompetenz in Krisenzeiten*, d'Lëtzebuurger Land, 7. April 2023. <https://www.land.lu/page/article/305/340305/FRE/index.html>

Klimakrise

Im Jahr 2016 zählte Luc Frieden die Klimakrise noch nicht zu den großen Herausforderungen: „*Mir hunn eigentlech jo dräi grous Defien an een dovunner ass d'Demografie, deen zweeten ass Globalisatioun an deen drëtten ass d'Digitalisatioun*“¹.

Heute bestreite Luc Frieden die Klimakrise als solche nicht, verweist aber mehr auf die individuellen Verhaltensmuster, als dass er Lösungen auf der „Systemebene“ vorschlagen würde. So gab er rezent zu bedenken: „*d'Fro ass just mat ewéi engem Rhythmus, mat ewéi enger Realistechkeet een déi Kéier do kritt an dat ass natierlech ënnerschiddlech vun Secteuren. Dat huet och domat ze doen ewéi mir als Bierger par Rapport zu deene Produkter déi mir kafen eis do positionéiere, ewell wann déi vill Camionen op der Autobunn sinn déi aus den Häfe vun Holland oder der Belsch kommen, dann ass dat well mir dat gären am Supermarché leien hätten, also dat stellt ganz vill Froen*“.²

Frieden warnte hingegen in seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ auch vor zu viel Panik in der Klimakrise: „*Viele Prognostiker unterschätzen die[se] Anpassungsfähigkeit und Lernbereitschaft der Menschen systematisch [...]. Rückblickend lagen viele Prognostiker in ihren Vorhersagen falsch, weil sie menschliches Handeln vor allem als statisches Problem angesehen haben [...]. Dieser Irrtum macht selbst vor Expertenkommissionen nicht halt. Das bekannteste Beispiel sind die Fehlprognosen des Club of Rome, der in den 1970er Jahren baldige Grenzen des Wachstums aufgrund der Endlichkeit natürlicher Ressourcen vorhergesagt hatte. Die Experten hatten sich bei der Bedeutung des technischen Fortschritts, bei Energieeffizienz und Explorationstechniken hoffnungslos verschätzt*“.³

Die Klimakrise sollte man, laut Frieden, vielmehr als Chance ansehen, „*als Chance, von der Umwelt zu lernen, die Umwelt aktiv zu gestalten und letztlich besser zu machen*“⁴, denn „*nicht zuletzt bietet der verstärkte Fokus auf erneuerbare Energien für Unternehmen vielversprechende Potenziale, ihre Produktpalette über eine grenzüberschreitende Konsolidierung zu erweitern und sich damit auf neuen Märkten zu etablieren*“.⁵

Einige Seiten weiter in Punkto Klimawandel, gibt Frieden zu bedenken: „*Auch wenn die Vorhersagen zum Klimawandel mit Unsicherheit behaftet sind und die*

1 Vgl. RTL Radio Background: Luc Frieden, 25. Juni 2016, 29 Min. 47 Sek.

2 Vgl. Pia Ooppel, Riicht eraus : Luc Frieden, 2. Oktober 2021, 29 Min. 52 Sek.

3 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 241.

4 Ibid., S. 241.

5 Ibid. S. 157.

Meinungen über geeignete Gegenmaßnahmen oft auseinandergehen, so werden doch die Konsequenzen des Klimawandels nicht spurlos an uns Menschen vorbeigehen“⁶. Doch kein Grund zur Sorge: „Wir Europäer werden [...] weniger betroffen sein als die Völker in anderen Erdteilen, dürfen uns aber trotzdem nicht der Verantwortung entziehen, die Ursachen und die Folgen zu bewältigen.“ und „Mit fortschrittlichen Technologien und menschlichem Know-how können auch die europäischen Unternehmen zur Bewältigung des Klimawandels beitragen.“⁷

Luc Friedens äußerst holpriges Verhältnis zur Physik und anderen Naturwissenschaften zieht sich wie ein roter Faden durch seine Aussagen zur Klimakrise. Nur wer die 1972er MIT-Studie nicht verstanden hat, behauptet heute, dass die Prognosen falsch lagen⁸. Wenn er die „goldstandard“ Klimawissenschaft als unsicher bezeichnet, dann spielt er nicht nur Klimakrisenleugnern in die Karten, er zeigt auch seine eigene, ideologisch geprägte anti-wissenschaftliche Haltung⁹. Und mit seiner Aussage zu den weniger betroffenen Europäern müsste er sich eigentlich wenig Freunde speziell auf Rhodos und im Allgemeinen in Europa, dem am schnellsten erwärmenden Kontinent, machen¹⁰.

Die grundsätzliche Herausforderung, die die Klimakrise für unsere junge Generationen bedeutet, hat Frieden nicht verstanden: Glaubwürdigkeit in Klimafragen sieht anders aus!

>>> *Atomkraft*

6 Ibid. S. 243.

7 Ibid. S. 244.

8 Vgl. Herrington, Gaya. 2021. *Update to limits to growth: Comparing the world3 model with empirical data*; Journal of Industrial Ecology, 2021, S. 614– 626 <https://advisory.kpmg.us/content/dam/advisory/en/pdfs/2021/yale-publication.pdf?>

9 Vgl. Santer, B.D., Bonfils, C.J.W., Fu, Q. et al.: *Celebrating the anniversary of three key events in climate change science*, Nature Climate Change 9, 180–182 (2019). <https://www.nature.com/articles/s41558-019-0424-x>

10 Vgl. YaleEnvironment360: The Fastest-Warming Continent, Europe Has Already Heated by More Than 2 Degrees C, 20. Juni 2023. <https://e360.yale.edu/digest/europe-fastest-warming-continent-climate-change>

Laffer-Kurve

Luc Frieden möchte in Zukunft, dass „d’Steiere fir jiddereen erfoginn“¹. Die Frage wie diese generelle Steuererleichterung finanziert werden soll, konnte Luc Frieden gegenüber dem *Radio 100,7* nicht erklären, sondern gab nur zu Protokoll „D’Steiere ginn net erop gesat, well mir gären hätten, dat mat manner Steiere méi Consommatioun a méi Invest entsteet. An dat ass méiglech. Ech ginn iech e Beispill wann d’Leit méi Suen disponibel hunn, da renovéieren se villäicht hiert Haus fir et energiefreundlech ze gestalten, dovunner profitéiert d’Handwierk an d’Maschinn dréint also. Oder wa mir de Betriber hier Steieren erfosetzen [...] da ginn déi Betriber méi effikass, méi profitabel, bezuelen also Steieren. Eise Modell besteet also drop dat mat manner Steiere méi Aktivitéit entsteet [...] an domat kommen dann erëm méi Steieren eran“².

Luc Frieden behauptet also Steuersenkungen brächten automatisch mehr wirtschaftliche Aktivität und somit auch mehr Steuereinnahmen. Dies ist eine völlig vereinfachte und damit falsche Darstellung. Die Laffer-Kurve ist bei allen ernst zu nehmenden Wirtschaftswissenschaftlern diskreditiert.³ Einzig bekannte Anhänger sind wohl nur noch Donald Trump⁴, die englische Kurzzeit Premierministerin Liz Truss⁵ und Luc Frieden.

>>> *Neoliberalismus*

>>> *Trickel Down Economics*

>>> *Vermögenssteuer*

1 Vgl François Aulner : *D’CSV wëll, datt „d’Steiere fir jiddereen erfoginn“*, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

2 Vgl. Maurice Molitor: *Luc Frieden: „Mat manner Steieren entsteet méi Aktivitéit“*, 100,7, 20. Juni 2023, 3 Min 42. <https://www.100komma7.lu/article/aktualiteit/invite-vum-dag-luc-frieden>

3 Vgl. Claus Hulverscheidt : *Die Legende der Laffer-Kurve*, Süddeutsche Zeitung, 13. Februar 2017. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wie-steuern-wirken-die-legende-der-laffer-kurve-1.3376623>

4 Vgl. Martin Lanz : *Die unheimliche Karriere der Laffer-Kurve*, Neue Züricher Zeitung, 21. Juni 2019. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/trump-und-die-laffer-kurve-die-theorie-versagt-ld.1490511?reduced=true>

5 Vgl. Robert Shrimpsley : *The five M’s threatening Liz Truss’s economic reset*, Financial Times, 12. Oktober 2022. <https://www.ft.com/content/0162a4ca-a7ea-4c04-90a9-c1beb192be0f>

Ende 2002 blockierte ein großes Aufgebot an Greenpeace-Aktivisten die 28 ESSO-Tankstellen des Großherzogtums. Ihr Protest richtete sich gegen den Konzern ExxonMobil: Die Umweltschützer warfen dem US-amerikanischen Öl-Riesen vor, durch ihre massive Lobby-Arbeit jeglichen Fortschritt bei den UN-Klimaverhandlungen zu sabotieren. Die Luxemburger Polizei griff bei dieser Aktion nicht ein. Am 20. Dezember 2002 brachte Luc Frieden den Gesetzentwurf N° 5076 im Parlament ein, der den irreführenden Titel trug: *„Projet de loi garantissant l'usage paisible du droit de propriété et la liberté de mouvement et portant introduction d'un nouvel article 442-1 au code pénal“*. Die Anwaltskammer hielt zu diesem Gesetzesvorschlag fest: *„Se cachait derrière cet intitulé un texte très répressif mettant en cause certaines libertés fondamentales et violant le principe de proportionnalité.“*¹.

Mit diesem Gesetzesvorschlag wollte Luc Frieden Kundgebungen von Gewerkschaftlern und Umweltschützerinnen, wie jene Ende 2002 von Greenpeace, in oder vor Firmen und Büros mit bis zu fünf Jahren Haft bestrafen.

Dieser Gesetzvorschlag wurde von allen Seiten kritisiert. Selbst die CSJ schrieb in einer Pressemitteilung vom 14. April 2003: *„Wollen wir den friedlichen Protest unter Strafe stellen? Um es klar zu machen: Hier geht es nicht um gewalttätige Aktionen, die selbstverständlich längst unter Strafe stehen. Muss in einer Demokratie nicht auch der spontane Protest möglich bleiben? Wollen wir Schüler, die ihre Schule besetzen oder Umweltschützer, die in einem Kaufhaus auf genmanipulierte Waren aufmerksam machen, allen Ernstes strafrechtlich verfolgen?“*

Luc Frieden musste seinen Gesetzentwurf am 21. Oktober 2004 zurückziehen.

>>> *Demonstrationsfreiheit*

>>> Justiz

¹ Vgl. Avis du Conseil de l'Ordre des Avocats du Barreau de Luxembourg, Doc. parl. N° 5156/1, 12. Februar 2004, S. 1. <https://wdocs-pub.chd.lu/docs/exped/098/442/049471.pdf>

L libyen

2009 machte die *Libyan Investment Authority* (LIA), ein damals mit Gaddafis Petro-Dollars gespeister milliardenschwerer Staatsfonds, ein Angebot für die Übernahme der insolventen isländischen Kaupthing Bank. Wäre dieses Angebot angenommen, hätten die Libyer über eine Banklizenz in Luxemburg verfügt. Doch das Gläubigerkomitee lehnte das Angebot ab und so hing die Rettung der Bank weitere Monate in der Schwebe.

Der damalige Finanzminister Luc Frieden „hatte die Gläubiger, die gegen das Angebot gestimmt hatten, damals mit den Worten: „Es gibt Banken, die offensichtlich nichts verstanden haben“, beschimpft“¹. Als zwei Jahre später die Europäische Union wegen des Bürgerkrieges in Libyen die Konten des Gaddafi-Clans einfrieren ließ, „musste der gleiche Luc Frieden einräumen, dass die libysche Zentralbank und die LIA auf zwei Konten fast eine Milliarde Euro in Luxemburg deponiert hatten.“²

>>> Katar

1 Vgl. Michèle Sinner : *Von Abu Dhabi bis Papua Neuguinea*, d'Lëtzebuurger Land, 24. Oktober 2014. <https://www.land.lu/page/article/689/7689/FRE/index.html>

2 Ibid.

Logement

Luc Frieden verspricht den Wählern durch Steuererleichterungen für die Besitzer mehrerer Immobilien oder Investoren, könnte die Wohnungsfrage gelöst werden: „*Ech mengen dat ee virun allem och muss kucke bei de Plus-Valuen, bei den Immobilien, wann eppes verkaf gëtt [...] dat een [...] kuckt dat do ee manner héich Steiersätz ufält, dat Leit déi bestoend Grundstücker déi se hunn oder Terrain déi se hunn oder wann se Haiser hunn déi se net brauchen, dat déi op de Marché kommen [...]. Dat mir déi déi investéieren a Wunnengen, déi se da verlounen, dat do de Steiersaz vun der TVA erëm vu 17 op 3 Prozent erof gesat gëtt*“.¹ Dies würde uns nicht nur zurück in die Zeit führen, in der die Steuerpolitik die Wohnungskrise und die sozialen Ungleichheiten befeuerte, sondern ist in Punkto TVA schlichtweg nicht möglich (siehe TVA).

Die Steuererleichterungen für Immobilieninvestoren verstärkten in der Vergangenheit, dank cleverer Ideen des Finanzministers Luc Frieden, die Nachfrage. Die Folge dieser steuerlich-gedopten Nachfrage war eine steuerlich angekurbelte Preisspirale, bei der jede weitere Wertsteigerung, wiederum Investoren zu verstärktem (steuerlich vergünstigtem) Aufkauf von Immobilien anregte. Bei dieser Politik waren die Investoren die Gewinner, während für zahlreiche Familien der Traum vom Eigenheim platzte. Der Steuerexperte Keith O'Donnell, Partner bei der Steuerberatungsfirma ATOZ, illustrierte diese Situation in der Vergangenheit im *Lëtzebuenger Land* Interview perfekt: *“si j'achète un appartement d'une valeur de 750.000 euros pour le louer, le gouvernement va me donner des « subsides » fiscaux en tant que bailleur qu'on chiffre à plus de 110.000 euros. En revanche si on veut acheter le même appartement et l'habiter, l'État n'en donne que 70.000. C'est une concurrence déloyale.”*² – es ist genau diese beschriebene Situation zu der Luc Frieden zurückkehren möchte.

>>> *Steuern*

>>> *TVA*

¹ Vgl François Aulner : *D'CSV wëll, datt „d'Steiere fir jiddereen erofginn“*, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023, 2 Min. 47 Sek. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

² Vgl. Pierre Sorlut : *À un point d'inflexion*, d'Lëtzebuenger Land, 3. Januar 2020. <https://www.land.lu/page/article/245/336245/FRE/index.html>

Im Interview mit der Zeitschrift *Forum* im Jahr 2013, meinte Luc Frieden noch kurz vor der LuxLeaks-Affäre : „*Tax ruling ist weder etwas Unmoralisches, noch etwas Untransparentes. Es handelt sich um eine individuelle Entscheidung der Steuerverwaltung. Unternehmen wissen so, wie die Steuergesetzgebung auf sie angewandt werden wird. Das schafft Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit. Mir scheint dieses System wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung von multinationalen Gesellschaften. Für dieses Instrument brauchen wir uns also nicht zu schämen. Im Gegenteil, ich will es sogar noch transparenter gestalten. Tax rulings sind sehr wichtig für die Betriebe und damit auch für Luxemburg.*“¹

Die Weltöffentlichkeit sah dies dann doch etwas anders. Die LuxLeaks trafen unser Land im Jahr 2014 mit voller Wucht. In der LuxLeaks-Affäre ging es jedoch um die Jahre 2008 bis 2010, als Luc Frieden Finanzminister war. Die geleakten vertraulichen Steuervereinbarungen boten 343 internationalen Konzernen aus 82 Ländern, die Möglichkeit, auf Kosten der Nachbarländer „aggressive Steuervermeidungsmodelle“ zu realisieren. Ihre Steuern ließen sich so auf unter ein Prozent drücken. In den Nachbarstaaten war die Empörung groß. Politisch-moralische Fragen wurden plötzlich 2014 diskutiert, eine Dimension die Luc Frieden noch immer nicht nachvollziehen kann.

„*Eng vun de Kontroversen, déi an dem Luc Frieden seng Amtszäit falen, sinn d'ëmstridde Steierrulings, déi duerch d'Luxleaks-Affär bekannt goufen. An do weist sech och, datt de Luc Frieden sech wéineg verännert huet. De Luc Frieden ass nach ëmmer iwweezeegt, dass déi Praxis och lo am Réckbléck richteg war*“, so der Journalist Christoph Bumb in einer rezenten Einschätzung².

>>> *Graue Liste*

1 Vgl. Bernard Thomas, Laurent Schmit : *Alternativlos*, Forum n° 328, S. 28, Interview vom 20. März 2013. https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2015/11/7611_328_Frieden.pdf

2 Vgl. Reporter-Podcast „on the Record“ : *D'politesch Ambivalenz vum Luc Frieden*, 12. Mai 2023. <https://www.reporter.lu/podcast-on-the-record-dambivalenz-vum-luc-frieden/>

Mindestlohn

Am 4. Februar 2012 in seiner Grundsatzrede bei der „*Journée de l'ingénieur*“ forderte Luc Frieden eine Diskussion über die Mindestlöhne: *„ces débats sur les salaires minima en Europe doivent aussi être menés. Est-ce que ces salaires sont nécessaires pour vivre ? Oui. Est-ce que ces salaires permettent de créer des emplois pour les jeunes non qualifiés pour l'avenir ? Est-ce que ces salaires sont appropriés pour attirer vers le Luxembourg de nouvelles industries ? Ce sont là les questions que nous devons nous poser. Et peut-être alors les réponses seront différentes.“*¹

Einige Tage später im Interview mit *Le Quotidien* wurde Luc Frieden explizit auf diese Aussage angesprochen : *„Le salaire social minimum est décidément trop élevé au Luxembourg, selon vous, mais vous n'êtes pas le seul à le dire. Ce propos choque les salariés concernés, qui n'arrivent pas à faire face au coût de la vie au Grand-Duché. En avez-vous conscience?“*. Luc Frieden wich der Frage aus, entkräftigte aber auf keinen Fall seine Haltung gegenüber dem Mindestlohn: *„J'ai posé la question, je n'ai pas donné de réponse. [...] Je crois qu'il ne faut pas se focaliser sur le salaire social minimum, mais qu'il faut voir plus généralement le niveau des salaires et l'augmentation constante des salaires relevée au Luxembourg. Au cours des dix dernières années, les salaires ont augmenté de plus de 40%, ce qui est plus que chez un certain nombre de nos concurrents commerciaux. Notamment vis-à-vis de l'Allemagne.“*²

Auch in seinem Buch „*Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent*“ bekräftigt Frieden seine kritische Sichtweise gegenüber den Mindestlöhnen. *„Flächendeckende Mindestlohnregelungen, die derzeit auf dem Vormarsch sind, mögen jenen zugutekommen, die bereits in der Berufswelt angekommen sind, während sie für die Arbeitssuchende eine Hürde sind, überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Vor allem Geringqualifizierten droht, in die Arbeitslosigkeit zurückversetzt oder gar nicht erst eingestellt zu werden, wenn Unternehmen nicht in der Lage sind, ihnen einen Lohn zu zahlen, der sich mit ihrer Produktivität, also dem, was sie in der Lage zu produzieren sind, deckt.“*³

>>> **Arbeitsrecht**

>>> **Gewerkschaften**

>>> **Soziales**

1 Vgl. Ministère des finances: *Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

2 Vgl. *Le Quotidien* : „*J'aimerais que nous puissions travailler main dans la main*“, *Luc Frieden au sujet d'un modèle d'avenir pour le Luxembourg*, 13. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Binterviews%2B2012%2B02-fevrier%2B13-frieden.html

3 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 101.

Durch das von Justizminister Luc Frieden ausgearbeitete Gesetz vom 23. Oktober 2008¹, insbesondere durch Artikel 29 dieses Gesetzes, kam es zu einer Reform des Nationalitätengesetzes im Sinne einer Re-Ethnisierung. Es wurde einfacher für Personen, die im Ausland wohnen, Luxemburger zu werden (wenn sie blutsverwandt mit einem um 1900 ausgewanderten Luxemburger sind, obwohl sie die luxemburgische Sprache überhaupt nicht verstehen oder sprechen), als für ausländische Einwohner Luxemburgs, die die Sprache verstehen, aber vielleicht noch nicht so gut beherrschen.

Der Historiker Denis Scuto schrieb treffend : « *des personnes vivant en Amérique du Nord ou du Sud ou dans les pays voisins du Luxembourg et ayant des liens de sang lointains, liés aux émigrations du 19^e siècle, ont donc pu, contrairement aux résidents étrangers au Luxembourg, « recouvrer » – le terme lui-même est douteux puisque la très grande majorité des bénéficiaires de cette mesure n’a jamais possédé la nationalité luxembourgeoise – sans passer d’épreuve de langue et, comme la plupart d’entre eux vivent à l’étranger, sans clause de résidence. En octobre 2023, ils pourront voter par correspondance aux élections législatives luxembourgeoises. [...] C’est justement cette mesure à arrière-pensée ethnique, non seulement au Luxembourg mais aussi dans d’autres pays européens, qui, à l’heure de la mondialisation et des grandes inégalités entre les continents et donc d’inégalités de valeur d’un passeport, dans le cas p. ex. des milliers de descendants de Luxembourgeois au Brésil, appartenant d’ailleurs au Brésil aux classes moyennes et supérieures, a ouvert la porte à une seconde nationalité opportuniste, dite stratégique, une « Premium Citizenship ». Cette nationalité ne conduit dans la plupart des cas pas à la migration vers le Luxembourg, mais elle permet plus de liberté de voyager grâce à un passeport de l’Union européenne, une assurance pour l’avenir, pour les enfants. La nationalité comme un bien de luxe privé qui peut être converti, le cas échéant, en avantages dans le monde globalisé.* »²

>>> *Justiz*

1 Vgl. Loi du 23 octobre 2008 sur la nationalité luxembourgeoise. <https://data.legilux.public.lu/filestore/eli/etat/leg/loi/2008/10/23/n1/jo/fr/html/eli-etat-leg-loi-2008-10-23-n1-jo-fr.html.html>

2 Vgl. Denis Scuto: *La révolution copernicienne de la nationalité luxembourgeoise – L’impact des lois de 2008 et de 2017 (II)*, Tageblatt, 7. Mai 2023. <https://www.tageblatt.lu/headlines/la-revolution-copernicienne-de-la-nationalite-luxembourgeoise-limpact-des-lois-de-2008-et-de-2017-ii/>

Neoliberalismus

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ finden sich zahlreiche Passagen in denen sich Luc Frieden als großer neoliberaler Fan outet, so zum Beispiel: *„Mit Privatisierung und Wettbewerb in ausgewählten Märkten können neue, produktivere Unternehmen in Märkte eintreten. Sie verdrängen unproduktivere Konkurrenten oder veranlassen sie dazu, modernere Technologien zu verwenden, um weiter bestehen zu können. Schaffen wir Bedingungen für statistisches dynamisches Wachstum, produzieren Unternehmen mehr. Ihre Nachfrage nach Arbeit steigt, die Arbeitslosenzahlen sinken, Vollbeschäftigung kann folgen und Löhne steigen. Breite Teile der Bevölkerung können am höheren Wachstum partizipieren.“*¹.

Ein weiterer typisch neoliberaler Charakterzug, den man bei Frieden findet ist die Skepsis und Warnung vor jeglicher *„Umverteilung des Vermögens“*. Besonders in Zeiten von zunehmenden sozialen Ungerechtigkeiten und einer Schere zwischen „Arm und Reich“ die zunehmend auseinander klafft, ist eine solche dogmatische Haltung nicht gerade zielführend: *„Debatten über die Umverteilung von Vermögen sind jedoch wenig gewinnbringend. Stattdessen bedarf es konstruktiver Ideen, wie man breite Teile der Bevölkerung an der Kapitalproduktivität teilhaben lassen kann – damit [auch im aktuellen Umfeld] wirtschaftliche Teilhabe nicht nur über den Arbeitsmarkt, sondern auch über private Vorsorge und Kapitalmärkte möglich ist.“*²

Auch in Sachen Kapitalbesteuerung zeigt sich Frieden äußerst reserviert und ablehnend: *„Die Besteuerung von Kapitalstock und Kapitaleinkünften [erlebt] in diesen Tagen eine politische Renaissance – obwohl die Nebenwirkungen sehr schädlich sein können. Denn oft wird übersehen, dass gerade Kapital sehr mobil ist, also sehr leicht in anderen Anlageformen oder Regionen angelegt werden kann. [...] Zwar hat sich mittlerweile auch in der Politik die Ansicht durchgesetzt, dass man betriebliche Einkommen und Vermögen von einer intensiveren Besteuerung ausnehmen müsse. [...] Anstatt Unternehmensvermögen und Gewinne höher zu besteuern, sollte stattdessen etwa die Möglichkeit von gezielten Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen ins Auge gefasst werden, um kurzfristig deren Kapitalstock zu stärken und das Investitionsumfeld zu bessern.“*³

Für Luc Frieden kommt es nur darauf an die wirtschaftliche Attraktivität Luxemburgs im neoliberalen Sinne zu steigern : *„il y a une urgence à rendre le*

1 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 69 und 70.

2 Ibid., S. 76 und 77.

3 Ibid., S. 111 und 112.

Luxembourg encore plus business friendly, parce que ce dont les entreprises ont besoin c'est [...] qu'ils aient une fiscalité qui soit attractive et qui ne tue pas l'investissement."⁴

Im Jahr 2015 gab sich Luc Frieden in seinem gewohntem Umfeld, vor den Anwälten von *Arendt & Medernach*, ungewohnt offen: „D'après le Luxemburger Wort, Luc Frieden y aurait « *rappelé qu'il ne fallait jamais oublier de dissocier la perception du grand public de celle de la communauté d'affaires* ». Selon l'ancien ministre, « *le premier ensemble importe moins que le second.* »"⁵. „C'est une définition succincte de l'axiome post-démocratique"⁶, schlussfolgerte der Journalist Bernard Thomas und dem ist nichts hinzuzufügen. Neoliberalismus ist in letzter Konsequenz immer gegen die Demokratie gerichtet.

>>> *Austerität*

>>> *Laffer-Kurve*

>>> *Politik*

>>> *Staatsschulden*

>>> *Steuern*

>>> *Trickle Down Economics*

4 Vgl. Thierry Raizer : *Paperjam Conversations #6 : Luc Frieden*, 13. Oktober 2020, Min 22 Sek 14.

5 Vgl. Bernard Thomas: *Strange Fruit*, d'Lëtzebuerger Land, 8. April 2016. <https://www.land.lu/page/article/050/9050/DEU/index.html>

6 Ibid.

Nepotismus

Luc Friedens Nepotismus, also seine persönliche Bevorzugung von Freunden bei der Verteilung von Posten, wurde stark kritisiert und setzte Luxemburg auch internationaler Kritik aus. Sarah Khabirpour, damalige erste Regierungsrätin, Kabinettschefin von Luc Frieden, wurde unter Finanzminister Luc Frieden Vorsitzende des Verwaltungsrats der CSSF und saß auch in den Verwaltungsräten der BIL und der Luxemburger Börse, beides Institute, die die CSSF eigentlich beaufsichtigen sollte.

Diese Tatsache löste eine Reihe von Artikeln in der internationalen Finanzpresse – unter anderem in der renommierten *Financial Times*¹ – über die schlechte *Governance* des Finanzplatzes aus: negative Werbung, die der Wirtschaft des Landes objektiv schadete.

Friedens Nähe zur Herrscherfamilie Katars und die undurchsichtige Rolle seiner Freunde Albert Wildgen und François Pauly im Dossier Cargolux verstärken diesen äußeren Eindruck der Intransparenz und des Nepotismus.

>>> *Cargolux*

>>> *Katar*

¹ Vgl. Ellen Kelleher : *Luxembourg faces fresh criticism over good governance*, Financial Times 22. September 2013. <https://www.ft.com/content/20716ee0-209c-11e3-b8c6-00144feab7de>

Im Dezember 1999 wurde die junge Kongolesin Odile Mpo-Luana im Bahnhofsviertel verhaftet. Ihr Vergehen: sie hatte keine gültigen Papiere. Sie musste im Gefängnis in Schrassig auf ihre Abschiebung nach Belgien warten. *„Odile Mpo Luana n’a pas pu accepter ce traitement qui, non seulement, la mettait sur un pied d’égalité avec des criminels de tout ordre, mais qui réduisait à néant ses espoirs de pouvoir construire une vie pour elle et sa fille. Elle s’est suicidée dans sa cellule à Schrassig“*, berichtete die Wochenzeitung Woxx¹.

Nach dem Selbstmord von Odile Mpo-Luana im Gefängnis reagierte Luc Frieden kalthertzig, indem er darauf beharrte, dass Frau Mpo-Luana wegen Störung der öffentlichen Ordnung allein für ihre Situation verantwortlich sei.

Der Journalist Marc Gerges schrieb hierzu im *Lëtzebuurger Land*: *„Le message pernicieusement véhiculé est affligeant et indigne, surtout d’un ministre. Vous ne considérez point la personne humaine qu’était Odile Mpo-Luana, mais mettiez en avant tous les torts – du point de vue légal, mais aussi selon l’entendement moral hypocrite de la « majorité silencieuse » – qu’elle avait commis. Pas de quoi s’offusquer donc de la mort d’Odile Mpo-Luana, car elle symbolise implicitement, selon vous, ce que d’aucuns considèrent comme la lie de la société. [...] Il s’agit de la mort d’une mère, laissant orpheline une fille de douze ans ; d’une mère qui était entrée en contact avec sa famille depuis la prison où elle a été amenée après avoir été interpellée“*, und schlussfolgerte: *„Monsieur le ministre Luc Frieden, le populisme est porteur, vous le savez mieux que nul autre. Mais s’il y avait un brin d’humanisme dans cette société, elle vous contraindrait à démissionner. Il en est de même pour votre famille politique, qui porte le « C » dans son sigle, pour symboliser son attachement à l’humanisme de la doctrine chrétienne. (Mais peut-être n’avez-vous choisi ce parti là que pour des raisons de carrière, sans vous préoccuper d’une quelconque morale.)“*².

>>> Asylpolitik

>>> Flidja Ahmed Messaoud

>>> Justiz

>>> Operation Milano

>>> Salmi Taoufik Kalifi

¹ Vgl. Woxx : *Sans-papiers – Prison provisoire reste prison*, 29. März 2002. <http://archiv.woxx.lu/0600-0699/630-639/634/634p8N.pdf>

² Vgl. Marc Gerges : *L’esprit démagogique du ministre de la Justice – Dormez tranquilles, bonnes gens...*, d’*Lëtzebuurger Land*, 3. Februar 2000. <https://www.land.lu/page/article/051/1051/FRE/index.html>

peration Milano

Am 24. November 1999 fand unter Justizminister Luc Frieden die sogenannte „Operation Milano“ statt. Ab 8 Uhr morgens wurden 36 Personen – darunter 21 Minderjährige – auf den fünften Stock des Hotel Ibis gebracht. Die Minderjährigen wurden teilweise direkt aus den Schulen abgeführt, wie zum Beispiel Elvedin Medjedovic, der aus Panik die Flucht ergriff als er die Ordnungskräfte sah¹. Unter Aufsicht, von insgesamt 13 Polizeibeamten warteten die kosovarischen Flüchtlinge auf ihre Abschiebung nach Italien. *„Tout contact avec le monde extérieur leur était interdit - selon quelle convention ? -, seuls un médecin, les traducteurs et deux avocats avaient le droit de les voir dans une chambre supplémentaire au quatrième étage“*², schrieb die Journalistin Josée Hansen. Ab 18 Uhr kam es zu Protesten vor dem Hotel Ibis und zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft bekundeten ihre Solidarität mit den Betroffenen. Die *Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés* hält zu den Ereignissen dieses Tages fest: *„Les images de la police traînant une vieille femme dans les escaliers de secours de l’hôtel Ibis deviendront emblématiques“*³.

Der Polizeibericht zur „Operation Milano“ hielt glasklar fest auf wessen Geheiß diese Operation durchgeführt wurde: *„Im Lauf der Einsatzbesprechung hat der Herr Justizminister [Luc Frieden] Berichterstatte persönlich angerufen und klar mitgeteilt, dass [...] die Mission durchzuführen sei“*⁴.

Im Leitartikel des *Luxemburger Wort* schrieb Marc Glesener zwei Tage nach der „Operation Millano“: *„Es ist einem modernen Rechtsstaat im Herzen Europas ganz einfach unwürdig, Menschen die nach aufreibender Flucht endlich wieder Mut gefasst und in ihrem Leben neuen Sinn gefunden haben, auf derart brutale Weise mit dem eigenen Flüchtlingsschicksal zu konfrontieren. Was kann ein Kind, das seit einem Jahr in Luxemburg zur Schule geht, Freunde gefunden hat und allmählich wieder Lust am Leben verspürt, dafür, dass seine Eltern zufällig über Italien geflüchtet sind? Allein diese Frage hätten sich die Verantwortlichen im Justizministerium stellen müssen, bevor sie die mit militärischer Präzision organisierte Abschiebeaktion in die Wege leiteten. [...] Offenbar schlägt aber in verschiedenen Amtsstuben ein kaltes Herz.“*⁵

Am 26. November 1999, als Reaktion auf diese Abschiebungen fand eine Demonstration auf der Place Clairefontaine statt. Mittags empfing Staatsminister

1 Vgl. Josée Hansen: *Chronique d'une expulsion politique - L'opération Milano commence à 6h30*, d'Lëtzeburger Land, 9. Dezember 1999. <https://www.land.lu/page/article/297/2297/FRE/index.html>

2 Ibid.

3 Vgl. ASTI : *Les années 1990*. <https://www.asti.org/les-annees-1990/>

4 Vgl. Josée Hansen: *Chronique d'une expulsion politique*, op.cit.

5 Vgl. Marc Glesener : *Kaltes Herz*, Luxemburger Wort, 26. November 1999.

Jean-Claude Juncker eine Delegation der Demonstranten, Justizminister Luc Frieden ließ sich entschuldigen.⁶

In den darauffolgenden Tagen haben sich zahlreiche Luxemburger darüber entrüstet wie herzlos mit den kosovarischen Flüchtlingen verfahren wurde. Die Leserbriefseite des *Luxemburger Wort* vom 27. November 1999 spricht Bände. Neben u.a. einem offenen Brief zahlreicher Gymnasiallehrer und der *ASBL Cultures et Tolérances*, schrieb etwa eine Überlebende des Zweiten Weltkriegs: „*Les événements qui se sont déroulés au Grand-Duché ce mercredi 24 novembre m'ont fait revivre des moments très pénibles d'il y a 57 ans: moi aussi je fus un matin, peu après 6 heures sur le trajet vers l'école, séparée de force de mes camarades de classe pour être déportée 2 heures plus tard. En ce temps-là c'étaient les méthodes utilisées par les SS. Jusqu'à présent j'étais d'avis qu'au Luxembourg les autorités seraient capables de résoudre des problèmes avec un brin d'humanité...*“⁷. Eine andere Zeitzeugin des Zweiten Weltkriegs schrieb in ihrem Leserbrief: „*Ech hunn onheemlech Angscht, mir sinn am Gaang, an d'Zäite vum Nazismus zeréck ze verfalen. [...] D'Nazie sinn ganz genee esou mat de Leit ëmgaang, ech hunn dat als ganz jonkt Meedchen erlieft an hat gehofft, dass ech ni méi esou eppes erliewe géif. Wou bleiwen hei d'Mënscherechter, déi Lëtzebuerg ënnerschriwwen huet? [...]*“⁸.

Anfang Dezember 1999, schrieb das *Comité de demandeurs d'asile bosniaques de l'Ex-Yougoslavie au Luxembourg* in einem offenen Brief zu dieser „Operation Milano“: „*Nous rappelons que nous avons fui nos pays à cause de violations des Droits de l'Homme. Nos enfants qui ont à peine retrouvé le sourire, la paix et surtout, beaucoup d'amour pour l'école, ressentent de nouveau l'angoisse devant les personnes en uniformes comme les policiers. La question du bien-fondé de cette décision se pose. Cette expulsion était-elle inévitable ?*“⁹.

>>> *Asylpolitik*

>>> *Flidja Ahmed Messaoud*

>>> *Justiz*

>>> *Odile Mpo-Luana*

>>> *Salmi Taoufik Kalifi*

6 Vgl. ASTI : *Les années 1990*, op.cit.

7 Vgl. Olga Grégoire-Wirtz : *Fréi mueres um 6 do schellt et un der Dier...*, *Luxemburger Wort*, 27. November 1999, S. 27.

8 Vgl. T.L.R. : *Aarmt Lëtzebuerg, wou gi mer hin ?*, *Luxemburger Wort* 27. November 1999, S. 27.

9 Vgl. Josée Hansen: *Chronique d'une expulsion politique*, op.cit.

Nach dem Regierungswechsel 2013 saß Frieden auf der Oppositionsbank, in einem Gespräch auf RTL verrät Luc Frieden: „*Ich konnte mich in dieser Rolle nicht richtig finden. [...] Man muss mit einer neuen Situation [Opposition] klarkommen. Sicherlich wäre die Chamber auch interessant gewesen. Auch hätte ich als Anwalt neben meinem Abgeordnetenmandat arbeiten können. Doch nach reiflicher Überlegung habe ich eine neue Herausforderung gefunden,*“¹ so Frieden.

Im Juli 2014 kündigte Luc Frieden seinen Abschied aus dem Parlament an, da die Rolle als Oppositionspolitiker weniger zu seinen Charaktereigenschaften passen würde, so Frieden über Frieden². Nach dem Ausscheiden aus dem Parlament, pendelte Frieden zwischen London und Frankfurt als strategischer Berater des Deutsche-Bank-Konzerns hin und her. „*Es gibt keinen Interessenskonflikt*“, betonte Frieden, „*Ich finde es äußerst wichtig, dass es einen Austausch zwischen Politik und Unternehmen gibt. Aber, man darf keine vertraulichen Informationen mitnehmen.*“³

Um seine Kandidatur 2023 zu legitimieren, versucht Luc Frieden nun, getreu nach dem Motto „was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, seinen Austritt aus dem Parlament in einem ganz anderen Licht erscheinen zu lassen: „*Mein Ziel ist es, die CSV zusammen mit einem starken Team zurück in die Regierungsverantwortung zu bringen. Sollte das nicht gelingen und ich ins Parlament gewählt werden, werde ich mein Mandat als Abgeordneter annehmen und bis zum Ende der Legislaturperiode ausüben. Dass ich das 2013 nicht gemacht habe, hatte nichts damit zu tun, dass ich das Parlament nicht interessant finde, aber ich wollte frischen Wind tanken und eine neue Seite in meinem Leben aufschlagen.*“⁴

>>> *Deutsche Bank AG*

>>> *Politik*

1 Vgl. Eric Rings: „*Opposition war nichts für mich*“, Tageblatt, 4. Oktober 2014. <https://www.tageblatt.lu/nachrichten/opposition-war-nichts-fur-mich-22763296/>

2 Vgl. Christoph Bumb und Laurent Schmit : *Vom Politiker zum Lobbyisten*, op.cit.

3 Vgl. Eric Rings: op. cit.

4 Vgl. Luxemburger Wort: „*Ich möchte, dass sich etwas bewegt*“, 2. Februar 2023. <https://www.wort.lu/politik/ich-moechte-dass-sich-etwas-bewegt/1184582.html>

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ erläutert Luc Frieden auch seine Sichtweise auf die Politik, laut der diese nicht für ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen hätte, sondern den Rahmen setzt um „mit einer gezielten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Wachstumshemmnisse zu beseitigen, Kooperationsmöglichkeiten auszubauen und Perspektiven der finanziellen Teilhabe und Absicherung zu verbessern“¹.

Im Jahr 2015 gab sich Luc Frieden in seinem gewohnten Umfeld, vor den Anwälten von *Arendt & Medernach*, ungewohnt offen: „D’après le Luxemburger Wort, Luc Frieden y aurait « *rappelé qu’il ne fallait jamais oublier de dissocier la perception du grand public de celle de la communauté d’affaires* ». Selon l’ancien ministre, « *le premier ensemble importe moins que le second.* »².

„C’est une définition succincte de l’axiome post-démocratique“³, schlussfolgerte der Journalist Bernard Thomas und dem ist nichts hinzuzufügen.

>>> *Europa 5.0.*

>>> *Neoliberalismus*

1 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 68

2 Vgl. Bernard Thomas: *Strange Fruit*, d’Lëtzebuenger Land, 8. April 2016. <https://www.land.lu/page/article/050/9050/DEU/index.html>

3 Ibid.

Renten

Am 4. Februar 2012 in seiner Grundsatzrede bei der „*Journée de l'ingénieur*“ forderte Luc Frieden: „*Il faut aussi à court terme modifier un certain nombre de domaines de la Sécurité sociale. En premier lieu desquelles, les retraites.*“¹

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“ gibt Luc Frieden zu bedenken: „*Ältere Arbeitnehmer sollten eine finanzielle lohnende Perspektive erhalten, auch nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters beruflich tätig zu sein*“². Auch eine Anhebung des Renteneintrittsalters möchte Frieden nicht ausschließen, denn andere EU-Länder „*haben [...] bereits wichtige Reformschritte unternommen, insbesondere mit der Anhebung des Renteneintrittsalters oder der Koppelung der Rentenhöhe an einen Demografiefaktor.*“³

>>> *Arbeitszeit*

>>> *Index*

1 Vgl. Ministère des finances: *Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

2 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 105.

3 *Ibid.*, S. 188.

Salmi Taoufik Kalifi

Ein besonders schockierender Fall in Bezug auf die Abschiebung von Asylbewerbern ist der von Salmi Taoufik Kalifi.

Nach einer groß angelegten und vom Geheimdienst initiierten Polizeiaktion am 31. März 2003 mit Hausdurchsuchungen in muslimischen Kreisen in Luxemburg wurde Salmi Taoufik Kalifi, der sowohl die tunesische als auch die bosnische Staatsbürgerschaft besitzt, festgenommen und der Mitgliedschaft in einem islamistischen Terrornetzwerk beschuldigt, ohne jedoch, dass Beweise für diesen Verdacht vorgelegt wurden.

Am 3. April 2003 wurde Salmi Taoufik Kalifi nach Tunesien abgeschoben.

In einer ausführlichen Stellungnahme im Dezember 2003 der Menschenrechtskommission (CCHR), unter dem Vorsitz von Nic Klecker, wurde sowohl die Polizeiaktion als auch die Abschiebung aufs heftigste kritisiert. Außerdem konnte man lesen welche schrecklichen Auswirkungen diese Auslieferung auf die Familie hatte: *„L'épouse et les enfants de M. Taoufik Kalifi faisaient aussi l'objet d'un éloignement du territoire. Sa femme, enceinte au moment des faits, et extrêmement choquée par les événements dont elle et sa famille furent les protagonistes, n'aurait pu mener à terme sa grossesse; elle aurait fait une fausse couche.“*¹

Die Befürchtungen der CCHR sollten sich bestätigen. Salmi Taoufik Kalifi wurde bei seiner Ankunft in Tunis am Flughafen festgenommen und von der tunesischen Polizei inhaftiert. Im Gefängnis wurde Salmi Taoufik in Isolationshaft gehalten, lebensbedrohlich gefoltert und schließlich 2006 von einem Militärgericht zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Der ehemalige Anwalt und Justizminister Luc Frieden hatte schlichtweg ignoriert, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seiner ständigen Rechtsprechung festhält, dass ein Staat verantwortlich ist, wenn er eine Person in ein Land abschiebt, in dem es ernsthafte und erwiesene Gründe für die Annahme gibt, dass sie Gefahr läuft, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt zu werden.

Außerdem ist es tragisch, dass diese Auslieferung gar nicht nach Tunesien hätte erfolgen müssen, sondern auch nach Bosnien hätte führen können: *„il est important à noter que M. Taoufik Kalifi possédait aussi la nationalité bosniaque et qu'un éloignement vers un autre pays était alors possible. Le Président de la Commission a interrogé Monsieur le Ministre de la Justice [Luc Frieden] à ce*

¹ Vgl. Commission consultative des Droits de l'Homme du Grand-Duché de Luxembourg : *Avi sur les perquisitions du 31 mars 2003 et leurs conséquences*, op.cit., S. 6.

*propos. Jusqu'à ce jour, la Commission n'a reçu aucune assurance de sa part*². Die bekannten Foltermethoden in Tunesien, denen er Salmi Taoufik Kalifi aussetzte, waren Luc Frieden offensichtlich egal.

>>> *Asylpolitik*

>>> *Flidja Ahmed Messaoud*

>>> *Justiz*

>>> *Odile Mpo-Luana*

>>> *Operation Milano*

2 Ibid., S. 13.

Am 4. Februar 2012 in seiner Grundsatzrede bei der „*Journée de l'ingénieur*“ forderte Luc Frieden: „*Nous ne pouvons plus continuer avec le niveau de transferts sociaux que nous avons*“¹. Einige Tage später im *Le Quotidien* Interview wiederholte Luc Frieden diese Sichtweise: „*Nous ne pouvons plus continuer avec le haut niveau de transferts sociaux que nous avons. Nous sommes face à un déficit des finances publiques et la politique qui consistait à tout donner à tout le monde doit être ciblée davantage sur ceux qui en ont le plus besoin.*“²

Diese kritische Sichtweise auf die Sozialpolitik hat Luc Frieden auch später in seinem Buch „*Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent*“ bekräftigt: „*Steigende Sozialabgaben drücken auf die Löhne und bedrohen so den individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand*“³.

Heute ist ihm die „*Gratis-Politik für alle*“⁴ ein Dorn im Auge. Bei welchen Sozialleistungen er aber genau kürzen möchte lässt er offen. Luc Frieden spricht sich außerdem gegen eine Erbschaftssteuer und gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer aus. Auf die Frage ob dies nicht die Spaltung zwischen Arm und Reich verstärken würde, antwortete Frieden kurz und knapp: „*Die Erbschaftssteuer ist die falsche Antwort auf dieses Problem*“⁵. Frieden selbst hat aber offensichtlich keine Antwort, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.

>>> *Gewerkschaften*

>>> *Gratispolitik*

>>> *Index*

>>> *Renten*

>>> *Steuern*

1 Vgl. Ministère des finances: *Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

2 Vgl. *Le Quotidien*: „*J'aimerais que nous puissions travailler main dans la main*“, *Luc Frieden au sujet d'un modèle d'avenir pour le Luxembourg*, 13. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Binterviews%2B2012%2B02-fevrier%2B13-frieden.html

3 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 71.

4 Vgl. Luxemburger Wort : *Luc Frieden : Gratis-Politik für alle ist nicht finanzierbar*, 24.03.2023. <https://www.wort.lu/politik/luc-frieden-gratis-politik-fuer-alle-ist-nicht-finanzierbar/1390382.html>

5 Ibid.

S Staatsschulden

Luc Frieden sieht die Staatsschulden grundsätzlich kritisch und möchte zu jeder Zeit die Staatsverschuldung senken: „*Un petit pays devrait plutôt viser les vingt ou vingt-cinq pour cent.*“¹ Doch wie er diese senken möchte und gleichzeitig die Steuern „*fir jiddereen*“ herabsetzen möchte², verrät er nicht.

Gerne gibt sich Luc Frieden als gewissenhafter Finanzpolitiker und wettet gegen allzu hohe Staatsdefizite. Hier muss man aber auf die eigene Bilanz von Luc Frieden verweisen: „*Als Luc Frieden am 30. Januar 1998 Haushaltsminister wurde, betrug die Schuld des Zentralstaats 692 Millionen Euro. Als er am 4. Dezember 2013 sein Ministeramt aufgab, lag sie bei 9.543 Millionen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt stieg sie von 4,07 auf 20,9 Prozent. Unter Luc Friedens Verantwortung wuchs die Schuld des Zentralstaats um 1.379 Prozent*“³

Ob Luc Frieden nach wie vor eine Defizitbremse in die Verfassung schreiben möchte, ist auch nicht klar.⁴

>>> *Austerität*

1 Vgl. Bernard Thomas : *Qui va payer les mesures anti-inflation ? Deckel drop !*, d'Lëtzebuurger Land, 23. September 2022. <https://www.land.lu/page/article/629/339629/FRE/index.html>

2 Vgl. François Aulner : *D'CSV wëll, datt „d'Steiere fir jiddereen erfoginn“*, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

3 Vgl. Romain Hilgert: *Kompetenz in Krisenzeiten*, d'Lëtzebuurger Land, 7. April 2023. <https://www.land.lu/page/article/305/340305/FRE/index.html>

4 „*Alex Bodry erzählte aus der Koalition mit der CSV, dass Luc Frieden die Defizitbremse in die Verfassung schreiben wollte, doch Premier Jean-Claude Juncker sei dagegen gewesen. Ein wenig bedauert Luc Frieden das noch heute und schlug vor, den Schritt bei einer Revision von Verfassungsartikel 99 nachzuholen.*“ Vgl. Romain Hilgert: *Ein gewisser Spielraum*, d'Lëtzebuurger Land, 11. Juli 2014. <https://www.land.lu/page/article/463/7463/FRE/index.html>

Luc Frieden möchte in Zukunft, dass „d’Steiere fir jiddereen erfoginn“¹. Die Frage wie diese generelle Steuererleichterung finanziert werden soll, konnte Luc Frieden gegenüber *Radio 100,7* nicht erklären, sondern gab nur zu Protokoll „D’Steiere ginn net erop gesat, well mir gären hätten, dat mat manner Steiere méi Consommatioun a méi Invest entsteet. An dat ass méiglech. Ech ginn iech e Beispill wann d’Leit méi Suen disponibel hunn, da renovéieren se villäicht hiert Haus fir et energiefreundlech ze gestalten, dovunner profitéiert d’Handwiewerk an d’Maschinn dréint also. Oder wa mir de Betriber hier Steieren erfosetzen [...] da ginn déi Betriber méi effikass, méi profitabel, bezuelen also Steieren. Eise Modell besteet also drop dat mat manner Steiere méi Aktivitéit entsteet [...] an domat kommen dann erëm méi Steieren eran“².

Gegenüber dem *Radio 100,7* erklärte Frieden dann auch: „Mir mengen och dat endlech eppes muss geschéie bei den Allengerzéier an de Witwen déi Haut no 3 Joer, déi eng déi gescheet ginn, déi aner déi Wittfra oder Wittmann ginn, no 3 Joer aus der Steierklass 2 an d’1A falen, dat wëlle mir op 6 Joer étendéieren“³. Wie Peter Feist im *Lëtzebuurger Land* anmerkte: „In Wirklichkeit fallen Geschiedene nach drei Jahren nicht in die Steuerklasse 1A, sondern in die Klasse 1. Weil das schon galt, als Frieden Finanzminister war, sollte er das eigentlich wissen“⁴.

>>> *LuxLeaks*

>>> *Staatschulden*

>>> *Trickle Down Economics*

>>> *TVA*

>>> *Vermögenssteuer*

1 Vgl. François Aulner : *D’CSV wëll, datt „d’Steiere fir jiddereen erfoginn“*, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

2 Vgl. Maurice Molitor: *Luc Frieden: „Mat manner Steieren entsteet méi Aktivitéit“*, 100,7, 20. Juni 2023, 3 Min 42 Sek. <https://www.100komma7.lu/article/aktualiteit/invite-vum-dag-luc-frieden>

3 Ibid.

4 Vgl. Peter Feist: *Personalien Luc Frieden*, d’*Lëtzebuurger Land*, 22. Juni 2023.

Témoignage anonyme

Am 20. Mai 2003 brachte Justizminister Luc Frieden den Gesetzentwurf n°5156 ein. Dieser Gesetzentwurf trug den offiziellen Titel: „*Projet de loi renforçant le droit des victimes d’infractions pénales et améliorant la protection des témoins*“. Die Anwaltskammer unterstrich in ihrem Gutachten, wie verwirrend dieser Titel ist, da er doch glasklar den Eindruck erweckt die Rechte der Opfer von Straftaten zu stärken, aber in Realität Dispositionen enthält: „[...] *qui sont de nature à remettre en cause certains des droits fondamentaux les plus élémentaires*“¹ – eine Praxis die unter Justizminister Luc Frieden leider kein Einzelfall war².

Schnell formierte sich Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf³. Die Anwaltskammer schrieb in ihrem Gutachten zum vorgeschlagenem Gesetzestext „*la mesure du témoignage anonyme envisagée aurait des conséquences graves car entraînant une modification fondamentale de notre système juridique, défiant les deux derniers siècles de l’histoire de notre droit et heurtant la philosophie de notre approche d’un procès*“⁴, unterstrich „*la procédure pénale luxembourgeoise, telle qu’elle est en vigueur depuis 1929, a toujours été considérée comme étant particulièrement respectueuse des droits de la défense. Ses caractéristiques sont le principe de l’égalité des armes, le principe du contradictoire, le principe du procès équitable et le principe du respect des droits de la défense. Le texte proposé est de nature à entraver chacun de ces quatre principes*“⁵ und lehnte die Einführung des „Témoignage anonyme“ kategorisch ab⁶.

Auch die Gerichte teilten, in ihrem Gutachten zu Friedens Gesetzentwurf, diese

1 Vgl. Avis du Conseil de l’Ordre des Avocats du Barreau de Luxembourg, Doc. parl. N° 5156/1, 12. Februar 2004, S. 1. <https://wdocs-pub.chd.lu/docs/exped/098/442/049471.pdf>

2 „Il échet de noter que l’on a pu observer également ce déguisement, par le biais d’un intitulé „politiquement correct“, à l’occasion du dépôt du projet de loi No 5076 „garantissant l’usage paisible du droit de propriété et la liberté de mouvement et portant introduction d’un nouvel article 442-1 au code pénal“. Se cachait derrière cet intitulé un texte très répressif mettant en cause certaines libertés fondamentales et violant le principe de proportionnalité. [...]“

Vgl. Avis du Conseil de l’Ordre des Avocats du Barreau de Luxembourg, Doc. parl. N° 5156/1, 12. Februar 2004, S. 1. <https://wdocs-pub.chd.lu/docs/exped/098/442/049471.pdf>

3 „Faut-il rappeler à ces juristes de bureau, toujours très loin des prétoires, que l’administration ne saurait méconnaître les droits de la défense. [...] Introduire l’anonymat dans le domaine du témoignage est un lapsus totalitaire. Ce n’est rien de moins qu’une rechute aux pires époques du Moyen-Âge“. Vgl. Gaston Vogel : Frieden et le retour à l’inquisition, d’Lëtzebuurger Land, 13. Juni 2003. Vgl. auch die Aussage : „Le témoin anonyme est un instrument facile aux mains de l’accusation. Il suffit de lui poser des réponses [...]. Il peut rougir, on ne l’observera pas. Il n’aura pas à s’expliquer“. Vgl. Gaston Vogel zitiert in d’Lëtzebuurger Land, 21. November 2003, S. 4.

4 Vgl. Avis du Conseil de l’Ordre des Avocats du Barreau de Luxembourg, 12. Februar 2004, Doc. parl. N° 5156/1, S. 2. <https://wdocs-pub.chd.lu/docs/exped/098/442/049471.pdf>

5 Ibid., S. 9.

6 Ibid., S. 10.

Einschätzungen und unterstrichen die Gefahr einer solchen Einführung für den Rechtsstaat: „*le recours aux témoins anonymes [...] est un danger pour l'État de droit qu'on ne saurait sous-estimer, alors qu'il ouvre la porte à la délation généralisée. Désormais quiconque pourra demander à la justice de témoigner de façon anonyme en prétextant qu'il craint des représailles, la justice devra alors s'efforcer de faire le tri entre ce qui sera vrai et ce qui relèvera seulement d'un individu jaloux ou malveillant. Confronté aux témoins anonymes, de quelles garanties peut bénéficier le prévenu? Peut-il être sûr que ce n'est pas une vieille connaissance qui assouvit une vengeance? Ou tout simplement un délinquant qui répète tout ce que les enquêteurs lui ont suggéré de déclarer dans l'espoir d'obtenir les bonnes grâces de la police?*“⁷.

Am 8. September 2004 zog Luc Frieden seinen Vorschlag zurück, versprach seinen Kritiker aber: „*qu'il reviendrait dans une loi à part*“⁸ – diese Drohung setzte Frieden gottseidank (bis jetzt) nicht in die Tat um.

>>> *Justiz*

>>> *Lex Greenpeace*

⁷ Vgl. Avis de la Justice de Paix de et à Diekirch, 31. Mai 2004, Doc. parl. N° 5156/3, S. 25. <https://wdocs-pub.chd.lu/docs/exped/027/589/052868.pdf>

⁸ Vgl. Anne Heniqui : *Supprimer ! Biffer !*, d'Lëtzbuerger Land, 20. Oktober 2006. <https://viewer.eluxemburgensia.lu/ark:70795/rdwg8s/pages/6/articles/DTL297>

T rickle Down Economics

Luc Frieden möchte also in Zukunft, dass „d’Steiere fir jiddereen erfoginn“¹. Außerdem ist Luc Frieden ein überzeugter Anhänger der Theorie wonach weniger Steuern mehr Aktivität beschieren, so gab er *Paperjam* zu verstehen: „*Je crois vraiment que notamment les mesures fiscales pour encourager le logement, mais aussi la rénovation énergétique des immeubles existants vont favoriser l’émergence de nouvelles activités dont profiteront notamment l’artisanat et tout le tissu économique du pays.*“²

Damit gehört Luc Frieden noch zu den seltenen Anhängern der Trickle-down Theorie, die noch immer davon ausgehen, dass jedes vom freien Markt begünstigte Wirtschaftswachstum von sich aus eine größere Gleichheit und soziale Einbindung in der Welt hervorzurufen vermag.

2013 schrieb selbst Papst Franziskus in seinem apostolischen Schreiben zur Trickle-Down Theorie: „*Diese Ansicht, die nie von den Fakten bestätigt wurde, drückt ein undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus, die die wirtschaftliche Macht in Händen halten, wie auch auf die sakralisierten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems. Inzwischen warten die Ausgeschlossenen weiter. Um einen Lebensstil vertreten zu können, der die anderen ausschließt, oder um sich für dieses egoistische Ideal begeistern zu können, hat sich eine Globalisierung der Gleichgültigkeit entwickelt. Fast ohne es zu merken, werden wir unfähig, Mitleid zu empfinden gegenüber dem schmerzvollen Aufschrei der anderen, wir weinen nicht mehr angesichts des Dramas der anderen, noch sind wir daran interessiert, uns um sie zu kümmern, als sei all das eine uns fern liegende Verantwortung, die uns nichts angeht. Die Kultur des Wohlstands betäubt uns, und wir verlieren die Ruhe, wenn der Markt etwas anbietet, was wir noch nicht gekauft haben, während alle diese wegen fehlender Möglichkeiten unterdrückten Leben uns wie ein bloßes Schauspiel erscheinen, das uns in keiner Weise erschüttert.*“³ Dem ist nichts hinzuzufügen.

>>> *Austerität*

>>> *Laffer-Kurve*

>>> *Staatschulden*

>>> *Steuern*

1 Vgl François Aulner : *D’CSV wëll, datt „d’Steiere fir jiddereen erfoginn“*, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

2 Vgl. Marc Fassone : Luc Frieden (CSV): «La société est en cours de fragmentation», *Paperjam*, 20. Juni 2023. <https://paperjam.lu/article/lucfrieden-societe-luxembourg>

3 Vgl. Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium des Heiligen Vaters Papst Franziskus Punkt 54. https://www.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html#Nein_zu_einer_Wirtschaft_der_Ausschließung

T ripartite:

Am 4. Februar 2012 in seiner Grundsatzrede bei der „*Journée de l'ingénieur*“, war Luc Frieden bezüglich der Tripartite unmissverständlich: *„Je dirais que, dans le domaine économique et social, la tripartite n'est pas le modèle sur lequel l'avenir peut être construit.“*¹

Einige Tage später im *Le Quotidien* Interview wiederholte Luc Frieden seine kritische Haltung gegenüber der Tripartite: *„Je pense que la tripartite est un instrument parmi d'autres. Les dernières tripartites ont démontré que quand les défis sont énormes, il faut prendre un certain nombre de mesures qui ne sont peut-être pas très populaires. J'estime qu'il faut parler aux partenaires sociaux, mais qu'il faut repenser un peu un modèle qui a fait ses preuves lors des crises de la sidérurgie. Il n'est pas nécessairement le modèle de l'avenir.“*²

In seinem Buch „Europa 5.0: Ein Geschäftsmodell für unseren Kontinent“, lobt Luc Frieden die Agenda 2010 als gelungener Reformprozess. Besonders scheint ihn diesen „*Konsens ohne Sozialpartner*“ zu faszinieren. Luc Frieden lobte den Umstand, dass *„die Agenda 2010 von der damaligen Bundesregierung ohne weiteren Diskurs verabschiedet“*³ wurde. Dabei ist demokratischer Diskurs, das Lebelement einer freien, demokratischen Ordnung.

>>> *Gewerkschaften*

1 Vgl. Ministère des finances: *Luc Frieden, Discours à l'occasion de la Journée de l'ingénieur*, 4. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bdiscours%2B2012%2B02-fevrier%2B04-frieden-journee-ingenieur.html

2 Vgl. *Le Quotidien* : „*J'aimerais que nous puissions travailler main dans la main*“, *Luc Frieden au sujet d'un modèle d'avenir pour le Luxembourg*, 13. Februar 2012. https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites.gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Binterviews%2B2012%2B02-fevrier%2B13-frieden.html

3 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S.121.

Luc Frieden verspricht den Wählern durch Steuererleichterungen für die Besitzer mehrerer Immobilien oder Investoren, könnte die Wohnungsfrage gelöst werden: „Ech mengen dat ee virun allem och muss kucke bei de Plus-Valuen, bei den Immobilien, wann eppes verkaf gött [...] dat een [...] kuckt dat do ee manner héich Steiersätz ufält, dat Leit déi bestoend Grundstücker déi se hunn oder Terrain déi se hunn oder wann se Haiser hunn déi se net brauchen, dat déi op de Marché kommen [...]. Dat mir déi déi investéieren a Wunnengen, déi se da verlounen, dat do de Steiersaz vun der TVA erëm vu 17 op 3 Prozent erof gesat gött“¹

Der Direktor der *Administration de l'enregistrement, des domaines et de la TVA* musste Luc Frieden öffentlich erklären, dass eine solche Anpassung der Mehrwertsteuer, laut Europarecht, nicht möglich sei². „Vun där Direktiv wosst de Luc Frieden näischt. Do kann hie sech elo dréinen a kéiere wéi e wëll, der blo-rout-grénger Regierung politesch Feeler virwerfen, fir ofzelenken. Dat ännert näischt un der Tatsaach, datt den CSV-Spëtzekandidat déi Entwécklung verpasst hat. Datt hien ausgerechent an enger Steierfro net um leschte Stand war, dat hannerléisst natierlech e puer Schrëpsen am Lack vum Ex-Budgets- a Finanzminister, dee beim Public gäre mat senger Fachkompetenz Punkte sammelt – a surtout och selwer dru gleeft. [...] Wéi wäit, kann ee sech och froen, ass et mat der Finanz- a Wirtschaftskompetenz vun engem Kandidat hier, dee versprécht, d'Steiere fir jiddereen erofzesetzen? An, datt déi Mesure esou vill Croissance géing generéieren, datt doduerch nees méi wéi genuch Steiere erakommen? Hat an der Chambre de Commerce da keen dem President erkläert, datt esou Steierkaddoen an enger Economie, déi sou vill importéiert wéi Lëtzebuerg, zum groussen Deel iwwert d'Grenz verschwannen, datt hei kaum en Impakt op de PIB bleift? Mat esou Gaffe weist de Luc Frieden ee fir allemol, datt hien als Minister och just esou kompetent ass, wéi seng Beamten. An där huet hien zanter 2013 bekanntlech keng méi.“³, kommentierte Michèle Sinner diese Ereignisse.

>>> *Logement*

>>> *Steuern*

1 Vgl François Aulner : D'CSV wëll, datt „d'Steiere fir jiddereen erofginn“, Invité vun der Redaktioun – Luc Frieden, 19. Juni 2023, 2 Min. 47 Sek.. <https://www.rtl.lu/radio/invite-vun-der-redaktioun/a/2076586.html>

2 Vgl. Michèle Sinner : „D'Situatioun ass agefruer“, RTL, 26. Juni 2023. <https://www.rtl.lu/news/national/a/2078520.html>

3 Vgl. Michèle Sinner: *Soziale und wirtschaftliche Krisenoperation*, d'Lëtzebuenger Land, 20. Juni 2014. <https://www.land.lu/page/article/406/7406/DEU/index.html>

Ü**bernahme Mittal - Arcelor**

2005 nahm der Justizminister Luc Frieden die hartnäckigen Gerüchte nicht ernst, dass die Firma Mittal ein feindliches Übernahmeangebot für Arcelor, den weltgrößten Stahlhersteller, Nachfolgebetrieb der ARBED und einer der größten Arbeitgeber in Luxemburg, machen wollte. Die Risiken waren real, gerade auch weil Arcelor über große Barreserven verfügte und der *Free-float* innerhalb des Aktionariats sehr hoch war.

Luc Frieden beschloss später, nach der Verkündung des feindlichen Übernahmeangebots, im Namen der heiligen „Flexibilität“ der luxemburgischen Gesetzgebung, keinen eigenen Gesetzestext in Punkto Übernahmen vorzubereiten. Während des feindlichen Übernahmeangebots sah sich der Justizminister Luc Frieden, ehemaliger Partner der Kanzlei Bonn Schmitt, dem Anwalt von Mittal (eine Kanzlei, die bis nach dem Beginn des Übernahmeangebots ihres Mandanten Mittal noch stolz auf ihrer Website ihren früheren Mitarbeiter Luc Frieden als „*Minister of Justice on leave, M. Luc Frieden*“ führte), schließlich gezwungen, bloß die minimale Übernahmerichtlinie der Europäischen Union umzusetzen. Somit hatte Arcelor, durch das Fehlen eines luxemburgischen Textes, dann auch nicht die Mittel, sich gegen das feindliche Übernahmeangebot zu wehren. Massive Entlassungen ab 2011 waren die Folge.

Vermögenssteuer

Heute ist Luc Frieden vor allem die „*Gratis-Politik für alle*“¹ ein Dorn im Auge. Bei welchen Sozialleistungen er aber genau kürzen möchte lässt er offen. Luc Frieden spricht sich außerdem gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer aus.

Auch wenn Luc Frieden selbst noch Anhänger der veralteten Laffer-Kurve ist, möchte er in einigen Zeilen Thomas Piketty, immerhin einer der renommiertesten Wirtschaftsprofessoren und Verfechter der Vermögensbesteuerung, widerlegen: *„In dem viel beachteten Werk Das Kapital im 21. Jahrhundert leitet der französische Ökonom Thomas Piketty [aus der zunehmenden Vermögenskonzentration] [...] ab, eine progressive Vermögenssteuer einzuführen. Dabei lässt er unberücksichtigt, dass es quasi unmöglich ist, eine solche Steuer sauber und effizient zu erheben. Dafür müssten zunächst alle Vermögensgegenstände erfasst werden, was schon schwierig genug wäre. Zum anderen müssten die Werte der Vermögensgegenstände festgestellt und regelmäßig angepasst werden. Der administrative Aufwand dafür würde einen Großteil der Steuereinnahmen aufzehren. Somit dürfte der Wohlstandsgewinn zu gering sein, als dass er die Kosten rechtfertigen würde. Mehr noch: Eine Vermögenssteuer würde letztlich auch den Aufbau von privatem Vermögen behindern [...]. Schauen wir also lieber pragmatisch auf alternative Optionen, die die breite Bevölkerung dabei unterstützen, selbst eigenes Vermögen langfristig aufzubauen und zu vermehren.“*² Die beeindruckenden Statistiken die Piketty vorgelegt hat und die breite Debatte, die er in den Wirtschaftswissenschaften ausgelöst hat, interessiert Frieden nicht: er vertraut auf sein neoliberales Bauchgefühl.

>>> *Gratispolitik*

>>> *Laffer-Kurve*

>>> *Neoliberalismus*

1 Vgl. Luxemburger Wort : *Luc Frieden : Gratis-Politik für alle ist nicht finanzierbar*, 24.03.2023. <https://www.wort.lu/politik/luc-frieden-gratis-politik-fuer-alle-ist-nicht-finanzierbar/1390382.html>

2 Vgl. Luc Frieden et al.: *Europa 5.0, op.cit.*, S. 186 und 187.

„Journalisten dürfen schreiben, was sie wollen, aber nur im Rahmen, der vom Verwaltungsrat festgelegt wurde“; Luc Frieden, Verwaltungsratspräsident des Luxemburger Wort.

Am 27. Januar 2016 wurde Luc Frieden Präsident des Verwaltungsrates von Saint-Paul Luxembourg S.A., dem Herausgeber des *Luxemburger Wort*. Der neue Verwaltungsratspräsident versicherte zu Beginn seines Mandats in einem Interview im *Luxemburger Wort*: „[...] die Aufgabe des Präsidenten des Verwaltungsrats ist nicht mit der des Chefredakteurs zu verwechseln“¹, diese Sichtweise bestätigte Frieden in einem RTL-Interview in dem er andere belehrte, dass: „ee Conseil d'administration sech net em den Inhalt vun enger Zeitung bekëmmert“² und „den Inhalt vun der Zeitung an dat wësst dir als Journalist dat ass d'Aufgab vun de Journalisten ënnert der Responsabilitéit vum Chefredakter an dat ass bei RTL iwweregens net anescht ewéi bei deenen anere Medien, de Verwaltungsrat këmmert sech net em de Contenu“³.

Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand in einer substantiellen Erhöhung der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder. Das Online-Magazin *reporter.lu* vermerkte hierzu: „Im Jahresbericht 2016 wird später vermerkt, dass die finanzielle Entschädigung der sechs Mitglieder des Gremiums von 37.812,50 auf 160.000 Euro angestiegen sei. Das Sitzungsgeld, das den Mitgliedern ausgezahlt wird, hat sich unter Frieden also mehr als vervierfacht.“⁴

Doch Luc Frieden nahm auch inhaltlich Einfluss auf das redaktionelle Tagesgeschäft des *Luxemburger Wort* und er wollte die Zeitung, seinen politischen Überzeugungen folgend, umbauen. „Er mischte sich in die redaktionelle Linie der Zeitung ein, beschwerte sich über einzelne Beiträge und sondierte auch schon mal bei Wirtschafts- und Politikredakteuren, wie sie reagieren würden, wenn er wieder ein politisches Mandat bekleiden wollte oder einen neuen Aktionär brächte.“⁵ Für Luc Frieden stellte die Unabhängigkeit der Redaktion gegenüber dem Verwaltungsrat und dem Aktionär – ein hohes journalistische Gut in jedem Verlagshaus – kein Hindernis dar, oder um es mit

1 Vgl. Romain Hilgert : Luxemburger Wort – Glaube oder Leben, d'Lëtzebuurger Land, 29. september 2017. <https://www.land.lu/page/article/419/333419/FRE/index.html>

2 Vgl. Radio Background : Luc Frieden, 25. Juni 2016, 20 Min 28 Sek.

3 Vgl. Radio Background : Luc Frieden, 25. Juni 2016, 21 Min. 13 Sek.

4 Vgl. Christoph Bumb und Laurent Schmit : Vom Politiker zum Lobbyisten, op.cit.

5 Vgl. Romain Hilgert : Glaube oder Leben, op.cit.

den Worten von Luc Frieden auszudrücken: „Journalisten dürfen schreiben, was sie wollen, aber nur im Rahmen, der vom Verwaltungsrat festgelegt wurde“⁶.

Ab Anfang Juni 2016 versuchte Luc Frieden inhaltlichen Einfluss auf die Redaktion zu nehmen. In einer internen Sitzung mit Journalisten im Juni 2016, hat Luc Frieden seine politische Agenda „ziemlich unmissverständlich vorgetragen. Er höre immer wieder, dass sich Leser eine „klarere politische und inhaltliche Linie“ der Zeitung wünschten [...]. Ganz frei heraus fragte Frieden die Anwesenden, was sie dem Aktionär noch anzubieten hätten. Und schließlich: Ob es für die Journalisten denn problematisch wäre, wenn er parallel zu seinem Amt als Verwaltungsratspräsident politische Ambitionen verfolgen würde. Konkret war vom Posten des Luxemburger EU-Kommissars die Rede.“⁷ Doch Frieden sah sich nicht nur als Einflussnehmer auf die Berichterstattung im eigenen Haus, sondern „bot sich [...] der Redaktion in der Folgezeit immer wieder auch selbst als möglicher Experte und Interviewpartner bei Themen wie der internationalen Steuerpolitik oder dem „Brexit“ an, um so seine persönliche Agenda voranzutreiben.“⁸

Am Morgen des 21. September 2017 wurde der Redaktion zuerst durch Direktor Paul Peckels die Entlassung vom Chefredakteur des *Luxemburger Wort*, Jean-Lou Siweck, mitgeteilt. Luc Frieden „selbst erklärte, dass Chefredakteur Jean-Lou Siweck entlassen sei, weil er aus dem *Luxemburger Wort* eine „Jedermannszeitung“ gemacht habe, mit der sich das Bistum und der Verwaltungsrat nicht mehr identifizieren könnten“⁹ und erzählte daraufhin seine Geschichte vom Pendel, das im Wort zu weit nach links ausgeschlagen hatte, und dass es nun nach rechts zurückschwingen würde, „aber wir müssen es in Mitte-Rechts stoppen“¹⁰. Pol Schock, einer der anwesenden Journalisten fragte daraufhin: „Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sollten wir unsere Artikel künftig besser noch einmal nach dem Schreiben kontrollieren, ob sie auch Mitte-Rechts genug sind?“¹¹. Laut der Wochenzeitung *d’Lëtzebuurger Land*, hätte Luc Frieden „diese Frage ziemlich übelgenommen, da er immer noch genauso schnell die Contenance verlor wie zu seiner Zeit als junger Minister, berichten Augenzeugen der Szene“¹².

Nach dieser Versammlung, drückten „die durch den autoritären Auftritt Luc Friedens und seine persönlichen Vorwürfe gegen verschiedene Redakteure

6 Vgl. Christophe Bumb : Parteien und Presse in Luxemburg – Der politisch-mediale Komplex, reporter.lu, 1. Dezember 2017. <https://www.reporter.lu/der-politisch-mediale-komplex/>

7 Ibid.

8 Ibid.

9 Vgl. Romain Hilgert : Glaube oder Leben, op.cit.

10 Vgl. Josée Hansen : Le Shock des mots, d’*Lëtzebuurger Land*, 17. November 2017. <https://www.land.lu/page/article/582/333582/DEU/index.html>

11 Ibid.

12 Ibid. Vgl. auch *Die kalte Rache des Luc Frieden*, Tageblatt, 11. Oktober 2017 www.tageblatt.lu/headlines/die-kalte-rache-des-luc-frieden/

*verstörten Journalisten [...] in einer rasch noch etwas abgeschwächten und von zwei Dritteln der Redaktion unterzeichneten Erklärung ihr Bedauern und ihr Unverständnis aus und beteuerten, dass ihre Arbeit keinesfalls gegen die redaktionelle Linie verstoßen habe.*¹³

Binnen vier Tage wählte Luc Frieden einen neuen Chefredakteur aus. Seine Wahl fiel auf „den ebenfalls in Contern wohnenden ehemaligen Télécran-Chefredakteur und Internet-Verantwortlichen Roland Arens“¹⁴.

»» *Demonstrationsfreiheit*

13 Vgl. Romain Hilgert: Glaube oder Leben, op.cit.

14 Ibid.

Zukunft

Luc Frieden ist nicht nur ein Politiker mit einer, für mich, erschreckenden Vergangenheit, sondern vor allem ein Politiker der Vorstellungen aus der Vergangenheit vertritt. Einer derer Politiker die in längst widerlegten Kategorien und Ideen verharren.

Im Gegensatz zu Luc Frieden bedeutet Politik für mich, sich für die Allgemeinheit, das Allgemeinwohl einzusetzen, Ideen und Grundsatzwerte zu vertreten, ohne dabei ins dogmatische abzudriften, die Interessen der Gesellschaft zu vertreten, dies mit speziellem Augenmerk auf die jungen Generationen, sind wir es doch, die noch am längsten von den heutigen Entscheidungen betroffen sein werden.

In den kommenden Jahren braucht es tiefgreifende Veränderungen, nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch beim politischen Personal. Die Herausforderungen vor denen wir als Gesellschaft stehen - die Klimakrise, die Wohnungskrise, das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich, um nur diese zu nennen - fordern eine zugleich nachhaltige und innovative Politik mit Zukunftsvisionen, wo der gesellschaftliche Zusammenhang als zentrale Idee verfolgt wird. Oder, um es mit Albert Einstein zu sagen: *„We cannot solve our problems with the same level of thinking that created them.“*

Daher wäre es ein Unheil, wenn Luc Frieden unsere Zukunft maßgeblich gestalten würde.

Auf den folgenden Seiten können die Leser selbst Zitate und Standpunkte von Luc Frieden sammeln und eintragen:

Das **politische**
ABC
des
Luc Frieden

ISBN 978-99959-0-896-6